

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit dem Illustrierten Unterhaltungs-Blatt.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 Mk., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6684.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 93.

Breslau, Freitag, 21. April 1893.

4. Jahrgang.

## Die Erbärmlichkeit unserer Zustände und die Rathlosigkeit der Socialreformer.

B. G. Betäubend und belustigend zugleich muß es erscheinen, wenn gelegentlich offenbar wird, wie an unseren bourgeois-wirtschaftlichen Zuständen alle Weisheit unserer gelehrten Socialwissenschaftsprofessoren zu Schanden wird.

Daß etwas faul ist in unseren wirtschaftlichen Verhältnissen, daß sogar sehr viel reformirt werden könnte und reformirt werden sollte, daran zweifelt kein Mensch heutzutage mehr; er müßte denn ein bornirter Deutschfreisinniger sein und auf Eugen Richter's Spargneseleien schwören.

Unsere socialreformatrischen Gelehrten nun sollen und wollen helfen, wenn sie nur wüßten, wie es gemacht wird, ohne das Kind mit dem Bade auszuschütten oder treffender und klarer ausgedrückt, ohne neue Wirtschaftszustände zu schaffen und dabei die alte capitalistische Gesellschaft umzubringen.

Da die Socialreformer aber so viel wie möglich von der alten Gesellschaft erhalten sollen, so helfen sie sich vor lauter Rathlosigkeit damit, daß sie von guten Rathschlägen überfließen; so daß einem, der sich damit befaßt, im Kopfe ganz wirr werden könnte ob dieser Fülle von neuen Gedanken, die für die capitalistische Welt wenigstens den einen Vortheil haben, daß sie unsere Befehlsgeber mit ihrem Ueberreichtum abschrecken, sich mit ihnen zu befassen.

Ein treffliches Beispiel für den embarras de richesse\*) der Herren Socialreformer, bietet die

\*) Wörtlich: Verlegenheit des Reichthums, des Ueberflusses.

Schrift des Prof. Dr. Georg Adler: „Die Socialreform und der Kaufmannstand“, die vor einiger Zeit erschienen ist. Die Schrift enthält eine Zusammenstellung von Materialien über die sociale Lage der Handlungsgehilfen; sie erörtert ferner eine ganze Anzahl Vorschläge zur Verbesserung dieser Lage und gibt zugleich eine Uebersicht über das, was in England, Frankreich, dem deutschen Reiche und Oesterreich bereits in dieser Richtung geschehen ist oder in den letzten Jahren der öffentlichen Discussion unterlegen hat. Prof. Adler ist in socialpolitischer Beziehung Fachgelehrter; er ist der Verfasser des sehr beachtenswerthen Werkes: „Socialpolitische Arbeiterbewegung in Deutschland“; er hat außer diesen beiden Werken noch eine Anzahl anderer, so z. B. einen „Leitfaden der Volkswirtschaftslehre zum Gebrauche an höheren Fachanstalten und zum Selbstunterrichte“ geschrieben und sich mit einer Reihe gelehrter Abhandlungen, z. B. in der „Ueber die Entwicklung des socialistischen Programms in Deutschland“, um die Socialdemokratie und um unsere Kritik der bürgerlichen Gesellschaft gekümmert. Man sollte also meinen, daß er ganz besonders geeignet wäre, über das von seiner Schrift: „Die Socialreform und der Kaufmannstand“ behandelte Thema zu sprechen und kurz und klar die bezüglich Hauptübelstände zu kennzeichnen, sowie die Mittel zu ihrer Beseitigung anzugeben.

Seine Darlegungen beziehen sich vorzugsweise auf die Detailgeschäfte; als Uebelstände, welche in diesen verbreitet sind, legt er dar: überlange Arbeitszeit, Sonntagsarbeit, geringe Löhne, mangelhafte Beköstigung und Wohnung, wo der Unternehmer diese in natura liefert, schlechte Ausbildung der Lehrlinge, ungenügende Fürsorge für Fälle der Krankheit und Invalidität, Herabminderung der gesetzlichen Kündigungsfrist, endlich

auch die oft sehr langandauernde Stellenlosigkeit vieler Gehilfen.

Aus den hier aufgezählten Uebelständen leuchtet offenbar die ganze Jämmerlichkeit unserer Verhältnisse, soweit sie sich auf die Detailkaufmannschaft beziehen, grell genug hervor. Man höre nun was Prof. Adler zur Abhilfe dieser Uebelstände vorzuschlagen für gut hält: 1. Einen gesetzlichen Maximalarbeitstag von 11 bis 12 Stunden für alle Handelsgeschäfte (auch die ohne Gehilfen betriebenen.) 2. Verkürzung der Sonntagsarbeit auf 3 Vormittagsstunden. 3. „Handelsinspectoren“ zur Ueberwachung dieser Bestimmungen. 4. Verbot der Herabsetzung der Kündigungsfrist durch Vertrag. 5. Obligatorische Kranken-Versicherung aller kaufmännischen Hilfsarbeiter, die bis zu 2000 Mark Gehalt beziehen. 6. Eine eigene Invaliditäts- und Altersversicherung für kaufmännische Hilfsarbeiter mit höheren Beiträgen und Renten. 7. Verhinderung eines „weiteren Umfanges“ der Frauenarbeit durch Fachvereine, welche auch eine Erhöhung der Gehälter der Frauen durchsetzen sollen. 8. Verringerung der Zahl der Lehrlinge durch gesetzliche Beschränkung der einem Unternehmer gestatteten Lehrlingszahl. 9. Organisation der Stellenvermittlung, entweder durch gemischte Commissionen im Anschluß an die Handelskammern oder durch einen Bund der deutschen kaufmännischen Vereine. 10. Kaufmännische Zwangsgenossenschaften zur Unterstützung der ohne eigenes Verschulden stellenlos Gewordenen. 11. Coalitionen zur Durchsetzung von Gehaltsaufbesserungen. 12. Gesetzliche Bestimmungen über die Beschaffenheit der Schlafräume. 13. Reform der Handelsgerichte in der Weise, daß für Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis die Hälfte der Richter aus dem Gehilfenstande besteht. 14. Schaffung von Handlungsgehilfenkammern neben den Handelskammern.

## Die Tochter des Proletariats.

Roman von Franz Barrett.

Autorisirte Uebersetzung von A. Geißel.

69] Nachdruck verboten.

„Darf ich eintreten?“ fragte Grethe, den Kopf durch die halbgeöffnete Thüre steckend.

„Ja, Grethe, ich bin allein . . . Dumesnil war hier mit einem Freund, der aus Paris mittelst Luftballon entkommen ist. Er bestätigt, was wir befürchten: Die provisorische Regierung steht auf dem Punkte, mit den Deutschen zu capituliren.“

„O, wie froh werde ich sein, wenn diese schrecklichen Schlachten zu Ende gehen!“ rief Grethe. „Es mag ja sehr demüthigend sein, dem Feind die Stadt zu übergeben, aber alle Welt weiß, daß dieses Geschick unabwendbar ist. Bist Du nicht auch in Deinem Innersten froh, lieber Richard, über diese Volkswacht?“

„Das kann ich nicht sagen, Grethe! Doch wir haben jetzt an die Verpflichtungen zu denken, welche das kommende Ereigniß uns auferlegt. Ich muß bereit sein, Paris in dem Augenblick zu betreten, wo die Eisenbahnverbindung wieder hergestellt ist.“

„Ja,“ versetzte das Mädchen, „die schöne Aufgabe harret unserer, all die Unglücklichen zu trösten, die dort so Ramenloses gelitten.“

Bane zögerte mit einer Entgegnung. Er sah vor aus, daß das milde Werk der Barmherzigkeit werde

zurückstehen, warten müssen, bis das härtere, schwerere Werk gethan war. —

„Ich werde leicht eine Dame finden, die meine Arbeit hier übernimmt,“ fuhr Grethe fort. „Du darfst nur die Stunde unserer Abreise bestimmen.“

„Also bist Du entschlossen, mich zu begleiten?“ Bane sprach diese Worte eigenthümlich gepreßt. Seiner Schwester entging dies nicht.

„Möchtest Du nicht, daß ich mitgehe?“ fragte sie. „Es liegen Gründe vor, Du bleibst lieber zurück in England . . . wenigstens für einige Zeit.“

„Es ist möglich, daß noch Unruhen in Paris ausbrechen. Für die Regierung, welche jetzt am Ruder ist, hat Frankreich nicht geblutet; eine andere wird kommen, welche das zum Ausdruck bringt, was das Volk empfindet und will . . .“

„Du glaubst, es könnte einen Aufstand geben und ich wäre nicht im Stande, die Ornel, die auf den Straßen geschwehen, mit anzusehen? Ich weiß, ich bin schwach; aber ich könnte ja zu Hause bleiben und Verbandzeug richten für die Verwundeten. Unter sie gehen, wie Du, das könnte ich freilich nicht.“

„Das ist nicht alles, was ich zu thun habe, liebes Kind!“

„Du wirst alle Deine Kraft einsetzen, um sie vom Blutvergießen zurückzuhalten.“

„Es wird nicht gehen ohne Blutvergießen.“

„Aber Du selbst, Richard, Du wirst Dich doch nicht aussetzen müssen?“ Sie erbeute bei dem bloßen Gedanken.

„Wenn der Ruf zu den Waffen an mich ergeht, muß ich gehorchen.“

„O, mein Bruder!“ Sie umklammerte seinen Arm, ihn mit stillem Flehen anblickend. Dann, als er sprechen wollte, wehrte sie ihm ab und in kurzen, sich überschneidenden Sätzen, von Schluchzen unterbrochen, beschwor sie ihn, seine Worte zurückzunehmen, den gefaßten Entschluß aufzugeben, einen anderen Weg seiner Pflichten zu suchen und sein Leben für höhere Ziele der Menschheit aufzubewahren. Mit all dem heißen Gefühl in ihrer schwesterlichen Liebe suchte sie ihm auszureden, was er in diesem Falle für seine Pflicht ansah. Sie traute sich nicht, aufzuhören, da sie mußte, wie unwiderruflich seine Antwort lauten werde; und als ihr zuletzt doch die Worte verzagten, und sie aus ihren Thränen zu ihm auf sah in sein ernstes Gesicht, sagte er, die Zitternde leise an sich ziehend:

„Du hast mir keinen so strengen Einwand machen können, als ich mir selbst, indem ich an Dich dachte! Einen schweren Kampf hat's mich gekostet, bis ich es vermochte, der Liebe zu entsagen, und mein Leben der Freiheit zu opfern . . . Nun kennst Du die Gründe, warum ich lieber wünschte, Du bleibst hier. Wenn ich fallen sollte —“

Grethe rang ihre Hände in Verzweiflung. O, ich kann es nicht ertragen, sprich nicht so . . .!“

„Aber wir müssen an alles denken . . .“ Blötzlich richtete sie sich auf, von einem Entschluß befeelt.

„Dann spricht dies mehr als alles andere dafür,



15. Verbesserung der Lehrlingsausbildung: a) durch Errichtung von Handelsschulen, b) durch facultative Prüfungen, c) durch Ueberwachungscommissionen, gebildet zur Hälfte aus Vertretern der Handelskammern, zur Hälfte aus solchen der Gehilfenkammern.

Wie über alle Maßen arg und schwerwiegend müssen die Uebelstände sein, welche die Handlungsgehilfen belasten, wenn ein hervorragender Fachmann, ein gelehrter Vertreter der bestehenden Gesellschaft eine solche Unmasse von Verbesserungsvorschlägen für nöthig hält, um die betreffenden Verhältnisse wenigstens einigermaßen zu bessern. Dabei geht er mit den Schwächen der herrschenden Gesellschaft so schonungsvoll wie möglich um. Er empfiehlt einen gesetzlichen Maximalarbeitstag, aber einen, man sollte es kaum für möglich halten, von 11—12 Stunden. Er wollte sogar die Sonntagsarbeit nicht ganz abgeschafft haben — wir bemerken dabei, daß die Schrift „Ueber die Socialreform und den Kaufmannsstand“ am Ende des Jahres 1891 bereits erschienen ist, und daß wahrscheinlich jetzt, etwas über ein Jahr später, Professor Adler den Handlungsgehilfen noch mehr Sonntagsruhe gönnen wird. Aber wie bezeichnend für unsere Socialreformgelehrten ist die Menge der vorstehend wiedergegebenen Verbesserungsvorschläge.

Die Vertreter der Detailkaufmannschaft werden die Hände über den Kopf zusammengeschlagen haben, soweit sie die Schrift des gelehrten Socialreformers zu Gesicht bekamen. Wo soll bei einer solchen Anzahl von Forderungen die Gesetzgebung anfangen und wo soll sie aufhören? Konnte das nicht viel einfacher gemacht werden? Professor Adler hätte nur bei uns Socialdemokraten anzufragen brauchen, und er hätte sofort gehört, wie dadurch, daß für die Handlungsgehilfen eben dieselben Forderungen acceptirt würden, wie sie zur Besserung der Lage der Arbeiter erhoben werden, die Lösung der Frage praktisch in Angriff zu nehmen wäre, die ihm offenbar so viel Kopfschmerzen gemacht hat.

Statt fünfzehn wäre mit fünf Forderungen reichlich auszukommen gewesen:

1. Maximalarbeitstag von freilich nicht 11 und 12, sondern höchstens 10 Stunden, mit dazu gehöriger vollkommener Sonntagsruhe.
2. Ein entsprechender Minimallohn.
3. Handelsinspectoren.
4. Ausdehnung der gesetzlichen Kranken- u. s. w. Versicherung auf die Handlungsgehilfen.
5. Gehilfenkammern.

Das wäre der Anfang, aus dem sich alles Weitere organisch entwickeln würde. Dagegen kann heut zu Tage kein social-politisch verständiger und wohlwollender Mensch das Mindeste mehr einwenden.

Zu solchen klaren und einfachen Forderungen mögen sich die Herren Socialreformer bekehren und nicht mit der Uebersülle ihrer Reformvorschläge die beteiligten, meistens kleincapitalistischen und oft in socialpolitischer Beziehung noch sehr verständnißschwachen Kreise vor den Kopf stoßen.

### Somerule.

Seit Monaten, seit Jahren wird in England kein Wort so häufig in den Mund genommen, wie das Wort Somerule (sprich: Hohmrul). Der gegenwärtige

daß ich Dich begleite —! Nur eines vermag uns zu trennen,“ setzte sie hinzu und brach dann ab, indem ein tödlicher Schauer durch ihr Herz drang.

Erst nach geraumer Zeit, als Bane wieder allein war, griff er zu den noch uneröffneten Schreiben, von denen seiner Meinung nach eines von Garnier handeln mußte. In dem er den Umschlag öffnete, nahm er ein Blatt heraus, das zierliche kleine Schriftzüge, aber am Ende in großen, mühsam gemalten Buchstaben eine Nachschrift von Folly trug. Banes Herz schlug, als er las:

„Paris, Hotel Milan, Carrefour de l'Europe, St. Lazare, 14. 1. 1871.  
Hochgeehrter Herr!

Paris ist in großer Noth — vor den Thoren stehen die deutschen Truppen, im Innern herrscht die bitterste Hungersnoth. Die gute Madame Avent, deren hübsches Hotel garni in der Straße St. Sulpice nur noch ein Schutthaufen ist, hat sich hier im Hotel Milan niedergelassen und schon zahllosen Armen und Bedürftigen Obdach und Nahrung gespendet. Aber unsere guten Damen können nicht alles erschwingen und Gott allein weiß, wie die armen Geschöpfe ihr Leben ferner fristen sollen.

Das gewöhnlichste Fleisch kostet 12 Franken das Pfund und niemand kriegt selbst für Geld mehr als 10 Unzen Brot täglich. Es ist schrecklich. Aber die Uebergabe der Stadt wird bald erfolgen, sagt man uns. Mein Kind — wie ich mir herausnehme, Frau von Aveling zu nennen — hat all ihr Hab und Gut

englische Premierminister Gladstone ist bemüht, ein Gesetz durchzubringen, das dem schändlich unterdrückten und ausgebeuteten Volke der Iren einiges Recht verleihen soll, und dieses Bestreben soll durch das Homerule-Gesetz verwirklicht werden.

Die Insel Irland, nur durch einen schmalen Meeresarm von England und Schottland getrennt und mit diesen beiden Ländern zusammen das Königreich Großbritannien bildend, blieb noch lange Zeit von Kelten bewohnt, nachdem England von germanischen Stämmen erobert worden war, welche die dort gleichfalls ansässigen Kelten theils vertrieben, theils zu Sklaven machten.

Als die Engländer im 16. und 17. Jahrhundert unter Blut und Mord sich in Irland festsetzten, konnten sie nicht mehr, wie ihre Vorfahren in England, den keltischen und katholischen Volksstamm vernichten und vertreiben, so sehr sie sich bemühten, es zu thun. Nur in ganz kleinen nordöstlichen Bezirken gelang noch die alte Ausrottungspolitik; im übrigen mußte man die Iren im Lande lassen. Man nahm ihnen aber ihr Grundeigentum.

Sowohl der „Protector“ der Republik, Cromwell, als später der König Wilhelm, unter dem der Kampf zum Abschluß kam, besetzten mit Landstrecken, die sie den irischen Einwohnern weggenommen hatten, ihre Offiziere und Günstlinge. Die so Besetzten hatten aber gar keine Lust, sich auf ihrem Besitze in der Mitte einer ihnen durchaus fremden und feindlichen Bevölkerung niederzulassen. Sie verpachteten also ihren neu erworbenen Besitz an Irländer und lebten von den Pachtgeldern als reiche Nichtsthuer in England. Die Pächter wurden als Ausbeutungsobjecte behandelt, maßlos bedrückt und ausgebeutet. Verwaltung und Rechtssprechung waren in den Händen der Engländer, die als Besitzer des Bodens die wirtschaftliche Macht besaßen, und alle Lasten waren zu Händen des irischen Volkes, des „Rabbin“, wie man den armen, geplagten und durch die Noth fast verthierten Pächter spottweise nannte. Soldaten, Polizei und Richter sorgten für Aufrechterhaltung dieses Regiments, dieser „Ordnung“, wie nur irgendwie und irgendwo anders diese oder eine ähnliche „Ordnung“ der Ausbeutung des Volkes aufrecht erhalten wird.

Pächter wurden nach Willkür von ihren Höfen, auf welchen schon ihre Urväter gesessen und von welchen Generationen dem Landbesitzer gesteuert hatten, vertrieben. Massenwanderungen nach Amerika fanden statt. Der Hunger war ein täglicher Gast in Irland. Durch allen Druck hatte man aber nicht das Volksbewußtsein der Iren vernichten können. Sie begannen trotz der rohesten Vergewaltigung sich immer energischer gegen das ihnen zugefügte Unrecht aufzulehnen.

Es bildeten sich Verschwörungen, die mit den Waffen in der Hand sich gegen die Landherrschaft auflehnten, die Beamten derselben niederschossen, in der Noth die Pächter vertrieben, welche die Stellen solcher eingenommen hatten, bis von den Gutsherren ermittelt worden waren. Man verweigerte zuletzt offen die Pachtzahlung. Man führte Krieg gegen die Gerichtsbeamten, die in Folge dessen die Urtheile der Gerichte

den Armen und Elenden gegeben; sie ist ein ebenso gutes Weib, als sie eine gute Tänzerin war. Und da sie sich ewig Ihrer Güte erinnert, nimmt sie die Gelegenheit, die sich ihr darbietet, wahr, Ihnen den einliegenden Chef zu übersenden, mit der Bitte, die nothwendigen Vorräthe einzukaufen und sie hierher zu senden, sobald immer sie in Paris hereinkommen können.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
G. Speranza.

Das Postscriptum, von Folly selbst geschrieben, lautet:

„Ich habe nicht immer das Recht gethan seit ich Sie verließ, mein lieber, lieber Freund! Es ist nicht leicht, aber ich bemühe mich nach allen meinen Kräften. Leben Sie wohl, lieber Freund.“

Folly.“

Im Couvert steckte der Chef, welchen Sir Aveling einst an Folly gesandt hatte. — Speranza hatte den Betrag mit 1000 Pfund Sterling ausgefüllt. Richard überlegte eine kleine Weile, dann ging er an seinen Schreibtisch und richtete die nachfolgenden Zeilen an Roland:

„53 Kirchstraße Spitalfelde 11. 1. 1871.  
Mein Lieber!

Heute erhielt ich den einliegenden Brief Deiner Frau und wird es Dich freuen, aus demselben zu ersehen, daß unsere Hoffnungen für Folly sich schon theilweise erfüllt haben. Ich sende auch den Chef, Folly hat den Werth des Geldes immer noch nicht begriffen

vollstrecken wollten. Der „Boykott“, eine schneidige Waffe, wurde in Irland erfunden und mit aller Rücksichtslosigkeit angewendet.

Es blieb nicht allein dabei. Die ausgewanderten Iren in Amerika vereinigten sich zur Befreiung ihrer Landsleute vom englischen Joch. Man führte den Krieg freilich auch mit Dynamit und Meuchelmord. Man setzte sich ebenso über alle Moralbegriffe fort, wie die Engländer sich Jahrhunderte lang um Gerechtigkeit und Sittlichkeit den Irländern gegenüber nicht gekümmert hatten.

Endlich fing man in England an, diesen zähen Widerstand der Iren als ein Uebel zu empfinden, das man zu beseitigen für nothwendig hielt. Da alle, auch die brutalsten Gewaltmaßregeln gegen die Iren keinen Erfolg gehabt hatten, kamen die liberalen Parteien auf den sehr nahe liegenden Gedanken, es einmal mit der Gerechtigkeit zu versuchen.

Das sind die Schritte, die heute von von dem liberalen Ministerium unter Gladstone eingeleitet sind. Man will die Irländer versöhnen, man verhandelt mit ihnen.

Was man ihnen bietet, ist die Selbstregierung, betreffend die inneren Angelegenheiten der Insel, die sonst eine Provinz des britischen Reiches selbstverständlich bleiben soll. Die Iren sollen die Herren bei sich zu Hause, in ihrem „Home“ (Heim) werden, sich da selbst einrichten dürfen, wie es ihnen paßt, sich daheim selbst regieren.

Das heißt „Homerule“. Gegner dieses sehr gerechten und vernünftigen Vorschlages sind selbstredend in erster Linie alle diejenigen Parteien in England, die ein Nachgeben gegen Volkswünsche für eine verderbliche Schwäche einer Regierung halten, die die Stärke einer Regierung darin sehen, daß sie, auf die Soldateska gestützt, allen Volkswünschen Trotz bietet. Es sind das diejenigen, die man bei uns als „Junfer und Pfaffen“ bezeichnet. Ferner sind Gegner natürlich diejenigen Personen, die von der Ausquetschung der irischen Pächter glänzendes Leben führen.

Sie fürchten nicht mit Unrecht eine Verminderung des Schandgeldes, das sie aus dem armen Lande herausgepreßt haben.

Dann kommen als Gegner die Personen, welche einen Staat nur für eine Kriegsmaschine halten. Sie fürchten eine Verminderung der Wehrfähigkeit, wenn die Iren einen unabhängigen Verwaltungskörper erhalten.

Mit diesen Elementen hat Gladstone zu kämpfen um die „Homerule“ für Irland.

Besonders die gefährdeten Geldinteressen der englischen Landbesitzer in Irland gehen so weit, mit offenem Aufruhr, mit Bürgerkrieg in Irland zu drohen, wenn man den Iren das Recht gewähre, sich in ihrem Vaterlande selbst einrichten zu dürfen.

Diese „Homerule“-Vorlage ist der Streitgegenstand im heutigen Parlamente in England, der das ganze Land in Aufregung setzt. Man nimmt überall lebhaft für und gegen Partei.

Die Mehrheit im Parlamente ist für die Gladston'sche Vorlage durchaus nicht unter allen Umständen sicher, man hofft aber, daß es diesem bedeutenden,

und ich hoffe, Dein Vater wird in Ansehung der Zwecke, um die es sich handelt, gerne den Betrag in einer Weise erhöhen, der seinen eigenen Wünschen und Erwartungen entspricht.

Aller Wahrscheinlichkeit nach werde ich die zu beschaffenden Vorräthe selbst nach Paris bringen und Margarethe mitnehmen. Komm, lieber Junge und sage uns Lebewohl!

Richard.“

Noch einmal las er dann Follys Nachschrift, ehe er sie mit dem Chef in seinen eigenen Brief an Roland faltete, und er begriff, was es bedeutete, daß sie es über sich gewonnen, daß sie Zeit gefunden hatte, das Schreiben an ihn selbst zu lernen. Wieder und immer wieder rief er sich ihre Worte zurück, beseligt durch sie in seinem zartesten Empfinden, und doch nicht ohne Schmerz. War für ihn der Pfad der Pflicht nicht auch dornenvoll?

Am folgenden Abend, als die Geschwister am Theatertisch saßen, erlang ein wohlbekanntes Pochen an der Thür und Roland trat gleich darauf in's Zimmer. Das Wiedersehen, sowohl von ihm als von Gretche gefürchtet, verlief weniger peinlich, als vorauszu sehen gewesen. In Rolands ernstem Blick lag die stumme Bitte um Vergebung und Margarethe wäre kein echtes Weib gewesen, wenn sie diese Bitte nicht stillschweigend gewährt hätte.

„Wir haben dich nicht so bald erwartet, Roland,“ jagte Richard herzlich. (Fortsetzung folgt.)



hochgeachteten und sehr erfahrenen Politiker gelingen wird, die „Homerule“ doch durch alle Fährlichkeiten zu führen.

Was ihm irgendwie an Hindernissen von den Gegnern entgegengethürmt werden kann, geschieht. So wendet man auch das Mittel der „Obstruction“ (Verstopfung) an, wie man es augenblicklich im Reichstage des deutschen Reiches der Militärvorlage gegenüber anwendet. Man schleppt durch endlose Rederei, durch unnütze Zwischenanträge, durch Verschiebung, Verschleppung und Vertagung die Sache hin, indem man hofft, die Anhänger Gladstones zu ermüden oder einen günstigen Augenblick zur Ueberrumpelung zu finden. Bis jetzt hat Gladstone alle Gegnerschaft glücklich abgewiesen und seine Mehrheit zusammengehalten. Wie es ihm weiter gelingt, muß die Zeit lehren.

Komme es aber wie es wolle, die Homerule werden die Engländer nicht wieder los werden, sie werden den Irländern Gerechtigkeit geben müssen. Sie können die Sache vielleicht noch einige Jahre hinauszögern, aber schließlich müssen sie in den sauren Apfel doch beißen.

Es zeigt dieser Kampf der Iren um ihr Recht deutlich, was ein entschlossenes Volk durch Ausdauer, Muth und Thatkraft selbst einer mächtigen Regierung gegenüber zuletzt durchsetzen kann. Kein Land kann einen fortwährenden Bürgerkrieg in seinem Inneren lange ertragen, es muß sich zuletzt zu einem Friedensschlusse herbeilassen. Auf Bajonnette und Kanonen läßt sich keine Regierung für die Dauer gründen.

Das ist auch für uns eine wichtige Lehre, eine Mahnung zur Ausdauer, zum Muth, zur Treue. Und wenn's sein muß zum Trost.

## Politische Rundschau. Deutschland.

**Die Militärvorlage.** Die „Germania“, das führende Centrumsblatt, bemerkt zu der Zeitungenachricht, von Quene verhandelt mit dem Reichskanzler wegen eines Compromisses, auch die Centrumsfraction behandle diese Frage: „Das einzig Wahre ist, daß am 15. d. Mts. eine längere Fraktionsitzung war, alles Uebrige ist unwahr; die Sitzung handelte auch gänzlich über die Militärvorlage, sondern hatte einen ganz anderen Zweck. . . . Die Centrumpartei steht und fällt mit dem wesentlichen Festhalten an ihrer bisherigen Stellung — das ist in dieser Frage das Ceterum censeo (d. h. ihr unabänderlicher Entschluß). — In Tölz (Oberbayern) war in den letzten Tagen Rekrutierung. Nach der Art zu schließen, wie dabei von der Behörde verfahren wurde, richtet sich die Regierung, schreibt unser Bruderblatt, die „Münchener Post“, offenbar, ohne das Votum des Reichstages abzuwarten, auf die neue Militärvorlage ein. Es sind noch niemals so geringe Anforderungen an die Diensttauglichkeit gemacht worden. Leute, welche man noch im letzten Jahr wegen kleinen Wuchses oder körperlicher Mängel als untauglich angesehen hatte, wurden heuer genommen. In einigen Gemeinden wurden alle Pflichtigen für tauglich erklärt; aus den drei Gemeinden Kofel, Benedicbeuren und Bichl, in welchen es neben sehr kräftigen Männern doch auch schwächere giebt, von 53 nur 3 zurückgestellt. Sogar ein Hintender, der Schneider ist, wurde zu den Oekonomie-Handwerkern genommen; wenn der in Uniform gesteckt und mit der Waffe ausgebildet wird, muß sich das hübsch ausnehmen. Jedenfalls zeigen diese Dinge, daß der Militarismus bereits auf die Spitze getrieben ist, daß ein Schritt weiter zum Zusammenbruch führt. Und das fühlt das Volk auch. Die allgemeine Stimmung ist eine nichts weniger als frohe. Ein dumpfes Murren und Gähren geht durch die Bevölkerung, und überall kann man wahrnehmen, wie die socialdemokratische Versammlung den Leuten die Zunge gelöst und ihren halb unbewußten Gefühlen einen bewußten Ausdruck und eine Richtung gegeben hat, die bloß ihre Zeit braucht, um schließlich unwiderstehlich zu werden. Wenn die Socialdemokraten wiederkommen, so finden sie überall dankbare Zuhörer; die Leute legen ordentlich danach, nach all' den windigen Redensarten endlich ein kräftiges Wort rücksichtsloser Wahrheit zu hören.

Einen praktischen Erfolg, schreibt die „Freisinnige Zeitung“, hat die Militärvorlage bis jetzt allerdings gehabt. Der vielgenannte Major Rein, welcher dem Auswärtigen Amt beigeordnet ist behufs Abfassung von Zeitungsartikeln und Broschüren zur Empfehlung der Militärvorlage, ist zum Oberstleutnant befördert worden. Wenn diese Beförderung eine Belohnung des Eifers sein soll, mit welchem der genannte Herr in den verschiedensten Blättern als Diffiduosus für die Militärvorlage eingetreten ist, dann hat er sie allerdings

redlich verdient. Ob freilich Geschick und Erfolg diesem Eifer entsprochen haben, das ist eine andere Frage.

Der Commissionsbericht über die lex Heinze ist dem Reichstage jetzt zur zweiten Berathung zugegangen und die Tugendwächter melden sich wieder, welche für die Verhandlungen über den Gegenstand die Öffentlichkeit ausschließen möchten. Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß der Ausschluß der Öffentlichkeit gesetzlich unzulässig ist. Artikel 22 der Reichsverfassung bestimmt: Die Verhandlungen des Reichstages sind öffentlich. Allerdings fügt der § 36 der Geschäftsordnung hinzu; Der Reichstag tritt auf den Antrag seines Präsidenten oder von zehn Mitgliedern zu einer geheimen Sitzung zusammen, in welcher dann zunächst über den Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit zu beschließen ist. Wie ist dieser Widerspruch zwischen der Vorschrift der Verfassung und der der Geschäftsordnung zu erklären: Die Sache ist nach einer Darlegung der „Sid. Corresp.“ die, daß der constituirende Reichstag des Norddeutschen Bundes behufs Beschleunigung der Verhandlungen die Geschäftsordnung des preussischen Abgeordnetenhauses seinen Berathungen zu Grunde gelegt hat. In dieser Geschäftsordnung aber ist lediglich der Art. 79 der preussischen Verfassung über den Ausschluß der Öffentlichkeit wiederholt und so ist diese Bestimmung in die Geschäftsordnung des Reichstages gelangt. Bei der Berathung der Geschäftsordnung im Norddeutschen Reichstage hatte Niemand auf diesen Widerspruch zwischen Verfassung und Geschäftsordnung aufmerksam gemacht und seitdem ist die Frage im Reichstage nicht praktisch geworden. Zweifellos kann aber eine Bestimmung in der Geschäftsordnung nicht die Bedeutung haben, daß der Satz der Verfassung: „Die Verhandlungen des Reichstages sind öffentlich“ in sein Gegentheil verkehrt wird. Wäre das zulässig, so könnte man auf dem Umwege über die Geschäftsordnung auch andere Aenderungen der Verfassung vornehmen. Wenn z. B. der Art. 9 vorschreibt, daß jedes Mitglied des Bundesrathes das Recht habe, im Reichstage zu erscheinen und daselbst auf Verlangen jederzeit gehört werden müsse, so würde durch die Geschäftsordnung des Reichstages im Widerspruch mit der Verfassung bestimmt werden können, daß der Präsident des Reichstages das Recht habe, ein Mitglied des Bundesrathes daran zu verhindern, außerhalb der Tagesordnung zu beliebigen Auslassungen das Wort zu nehmen. Das wäre natürlich verfassungswidrig. Ebenso verfassungswidrig würde aber der Ausschluß der Öffentlichkeit der Verhandlungen des Reichstages bei irgend einem Anlasse sein, mag in der Geschäftsordnung stehen, was will.

Das kann gut werden! Die Verlagshandlung Gustav Adolf Dewald in Berlin versenden folgendes Circular:

„Zum Actenmaterial des Reichstagsabgeordneten Ahlwardt. Bei Dewald in Berlin wird einen Tag nach der betreffenden Reichstagsitzung eine jetzt schon in Vorbereitung befindliche Broschüre erscheinen, welche den Titel trägt: Pharisaer und Heuchler, die Leuchten des deutschen Parlaments und Stützen des Staates. Geschildert nach dem Ahlwardt'schen Actenmaterial. Eine Ergänzung seiner öffentlichen Anklagen im deutschen Reichstage unter wortgetreuem Abdruck von Acten und Belägen. Der Herausgeber wird erst auf dem Titelblatt genannt, um ihn vorläufig vor jeder Unannehmlichkeit zu schützen; jedoch soll es ein in der antisemitischen Bewegung letzter Zeit mehrfach rühmlichst hervorgetretener Schriftsteller sein, dem der Rector Ahlwardt sein ganzes Vertrauen übertragen hat.“

Die oben genannte Verlagsbuchhandlung bezeichnet sich selbst als „Hauptlager antisemitischer Literatur.“ Ueber merkwürdige Gefälligkeiten, welche die preussische Polizei der russischen Regierung geleistet, wurde jüngst im „Vorwärts“ berichtet. Von einer Seite, die anscheinend den kürzlich ausgewiesenen Russen nahe steht, wurde demselben berichtet:

„Bei den aus Berlin ausgewiesenen Russen sind Papiere beschlagnahmt worden, u. A. auch die des Bruders eines der Ausgewiesenen. Die preussische Polizei liefert diese Schriftstücke, obgleich die Beziehungen zu den Freunden und Verwandten in Rußland rein privat, familiär, unpolitisch sind, an die zarischen Behörden aus. Wozu hat Rußland seine Gensdarmen? Unschuldige, junge Männer, meistens Universitätsstudenten, belastet dadurch, daß sie im Briefwechsel standen mit Leuten, die das constitutionelle Preußen auswies, werden verhaftet. Und Jedermann weiß, was die Einkerkung in Rußland bedeutet, im besten Falle unfählich schwere, lange, qualvolle Untersuchungshaft. Schon der Verdacht ist die Verurtheilung. Wir erheben auf das Allerentschiedenste Einspruch gegen diese culturwidrigen

Dienste, die dem barbarischen Despotenthum geleistet werden. Was hier geschah, ist ein Liebeswerk, woran noch Kritik zu üben, unsere Leser beleidigen hieße. Wird die preussische Regierung, nachdem dem Zarismus diese Opfer gebracht sind, auch ferner dulden, daß preussische Behörden sich zu derartigen Handlangerdiensten hergeben, die unwürdig sind eines gesitteten Gemeinwesens?“

Bürgerliche Blätter bemerken dazu: Damit der schlechte Eindruck, den derartige Mittheilungen machen, sich nicht festsetzen kann, wird es gut sein, wenn alsbald eine authentische Aufklärung des hier berührten Vorganges von zuständiger Stelle gegeben wird. Wir halten es für ausgeschlossen, daß eine preussische Behörde den Russen in der behaupteten Richtung Handlangerdienste leistet.“

Trotzdem aber seit der Mittheilung des „Vorwärts“ bereits einige Tage ins Land gegangen sind, ist die „authentische Aufklärung“ bisher nicht erfolgt.

**Gleichheit vor dem Gesetze.** Das Gesuch des Rechtskandidaten Simon Kazenstein von Sieben wegen Zulassung zur Vorbereitung im Justizdienst war vom Siebener Kreisamt abschlägig beschieden, weil Kazenstein der socialdemokratischen Richtung angehöre. Eine Beschwerde an das Großh. Hess. Ministerium, mit der Zusicherung Kazenstein's, er wolle während des Verwaltungsdienstes von jeder agitatorischen Thätigkeit fern bleiben, auch werde er nicht im Verwaltungsdienste bleiben, hatte keinen Erfolg. Kazenstein wendete sich daraufhin beschwerdeführend an die Zweite hessische Kammer, deren Ausschuss sich in seiner Mehrheit zu seinen Gunsten entschieden hat. Bei ihrem Zusammentritt wird die Kammer also Gelegenheit haben, sich über die Gleichheit aller Hessen vor dem Gesetze auszusprechen. Der Zusammentritt der Kammer erfolgt am 25. April.

Eine lobenswerthe Einrichtung hat der Gewerbe-rath Spemann in Braunschweig getroffen. Um den Arbeitern Gelegenheit zu geben, ihre Wünsche und Beschwerden beim Gewerbe-rath vorbringen zu können, hat derselbe an Sonn- und Festtagen von 11 bis 1 Uhr Mittags in seiner Wohnung eine Sprechstunde eingerichtet.

Das Bismarck-Denkmal liegt der „Nationalliberalen Correspondenz“ am Herzen. Daß es auch noch immer nicht aufgerichtet ist! Eine Million Mark ist dafür zusammengeschnorrt worden. Aber giebt es nicht einen Ausweg? Ein Denkmal dauernder als Erz werden sich die Fehlbücker im Herzen des Altreichskanzlers errichten, wenn sie ihm den schönsten Marmm so zu sagen in puris naturalibus, spliternacht, nicht in monumentale Form umgemünzt, stiften. Solch ein Denkmal ist keine marktgängige Waare, es hat keinen Börsencours und setzt nichts an, als höchstens ein bißchen Palina. Schenke man doch dem sparsamen Fürsten die Million, er wird sie auch ohne seinen Keinack-Bleichröder gut anzulegen wissen.

**Nürnberg.** Ein zwölfjähriges Mädchen war das Opfer eines reichen Lüftlings geworden. Zwei Frauen und ein Dienstmann, welche die Gelegenheit für den viehischen Ererb gegeben, erhielten ein Jahr Gefängniß bezw. dreieinhalb und zwei Jahre Zuchthaus. Das reiche Brunnvieh hatte sich der Bestrafung durch die Flucht zu entziehen gewußt.

## Ausland.

### England.

Der Bürgerkrieg, welcher von den conservativen und unionistischen „Aufwiegler“ gepredigt wird, wird natürlich nicht als etwas Gemeines, Böselhaftes bezeichnet, wie die Bewegung in Belgien. Aus London wird berichtet:

Der Herzog von Devonshire hielt am Sonnabend in Balkeith (Schottland) eine längere Rede über die Homerulefrage. Er erklärte, Ulster habe ein Recht, der Aufrechterlegung von Homerule gewaltthätigen Widerstand zu leisten, wenn es sich stark genug dazu fühle. Selbst auf Kosten eines Bürgerkrieges sollte die Herstellung einer irischen Sonderverwaltung abgewendet werden.

### Rußland.

„Väterchen“ freut sich. Ueber den Eindruck, welchen der serbische Staatsstreich in Petersburg hervorgerufen hat, wird dem „Berl. Tagebl.“ von dort geschrieben:

„Nachdem das erste Staunen über den kühnen Entschluß des jungen Königs gewichen und Manches über die Stimmung der leitenden russischen Kreise in die Öffentlichkeit gedrungen ist, herrscht an der Rewa um so größere Zuversicht, daß die Belgrader Vorgänge keine schlechten, sondern nur gute Folgen nach sich ziehen werden, als die bisher aus Wien und Berlin vorliegenden Meldungen hier nicht den Eindruck erzeugen, als würde die Anerkennung des Geschehenen



von Seiten Oesterreichs und Deutschlands auf Schwierigkeiten stoßen. Von Rußland werden begreiflicher Weise dem jungen, mannhaftesten (!) König keine Dornen auf den Weg gestreut werden. (Glauben wir auch gern. Red. der „Volksw.“) Liegt doch nichts näher, als den Besuch der Königin-Mutter Natalie bei der russischen Kaiserfamilie in Livadia am Vorabend des Staatsstreichs für ein Vorspiel desselben anzusehen, zumal die russische Presse überzeugt ist, daß die verführten Eltern König Alexanders die Fäden der Verschwörung gegen die Regenten in Händen hielten. Zudem ist es ja noch gar nicht lange her, daß König Alexander Gelegenheit hatte, die Ansichten der leitenden Kreise Petersburgs und seines Tauspathen, des Czaren persönlich in Erfahrung zu bringen und ihnen seine eigenen Anschauungen über serbische Verhältnisse auseinander zu setzen. Selbstverständlich trat sofort nach dem Bekanntwerden des Sturzes der Regentenschaft die Zuversicht auf die baldige Rückkehr Nataliens in den Vordergrund, und von der Verwirklichung dieser Hoffnung bis zur Ueberzeugung, daß Rußlands Prestige auf der Balkan-Halbinsel im Wachsen begriffen sei, ist dann nur ein kleiner Schritt. Der schlecht verhehlte Aerger über die Audienz des Fürsten Ferdinand von Bulgarien und Stambulows in Wien wandelt sich um in Genugthuung über eine neue Niederlage der österreichischen Orientpolitik. Außerhalb Rußlands weiß oder sieht man von einer solchen Niederlage nichts, doch in Rußland giebt es nicht wenige Politiker, die daran festhalten, daß Oesterreich in diesem Augenblick nichts sehnlicher wünschte, als Bulgarien gegen Serbien zu setzen und andererseits genöthigt Rußland in Rußland doch nur ein sehr beschränktes Vertrauen. Die übergroße Freude über den Staatsstreich, die überraschende Energie (!) und Reife (!) des jungen Königs Alexander beruht zum großen Theil auf der Befriedigung, Rußland, dem hier nie recht getraut wurde, gestürzt zu sehen. Die Anhänger dieses serbischen Staatsmannes sind in Rußland nicht zahlreich und fast nur unter dem Militär zu suchen.

Nun dürfte es wohl nicht lange dauern, da wird man dem energischen und überreifen König der Serben in Petersburg Denkmäler bauen.

**Serbien.**

**Nachtrag vom Staatsstreich.** In der „Vossischen Zeitung“ liest man: „Als interessante Einzelheit zum Staatsstreich verdient bemerkt zu werden, daß von der Garnison Belgrads nur die 132 Mann starke Unteroffizier-Schule die Besetzung der Wohnungen der Minister, Regenten und der Telegraphenämter vornahm. Der Commandant derselben war der einzige Offizier, dem man Vertrauen schenkte und einige Stunden vorher den unumwandelten Plan mittheilte. Der Commandant der Schule ist ein früherer preussischer Offizier und seit Jahren in serbischen Diensten, Hauptmann Sturm, der seinen Namen aber in Juristisch umgeändert hat.“ Das heißt, aus dem Interessanten ins gewöhnliche Deutsch übersetzt, der Einzige, den die Staatsstreichler zu ihrer Revolution von Oben als Handlanger gebrauchen konnten, war ein „früherer deutscher Offizier“, der als Landknecht, ohne weiter zu fragen, sich zu einem Verfassungsbruch benutzen läßt. Ein großes Compliment für — die serbischen Offiziere!

**Partei-Angelegenheiten.**

**Protestversammlungen gegen die Militärvorlage** haben weiter stattgefunden in Fischbach bei Coburg (Ref. Hülse-Erfurt), Grimma (Ref. Thiele-Wurzen), Weil in Baden (Ref. F. Helms), Nieder-Olm und Jörnheim (Ref. Landtags-Abgeordneter Müller-Darmstadt), Auma (Ref. Schulze Jena).

**Reichstags Candidaturen.** Für den Wahlkreis Frankfurt a. O. wurde in einer Parteiversammlung in Fürstentum Stadtverordneter Theodor Wegner aus Berlin einstimmig zum Candidaten für den Reichstag aufgestellt. — Im 22. sächsischen Wahlkreise (Ritzberg-Auerbach) candidirt der bisherige Vertreter Franz Hofmann aus Chemnitz.

**Wahlaufrüchte.** Wie die Magdeburger „Volkstimme“ mittheilt, sind es in der Provinz Sachsen außer Magdeburg, Halle und Halberstadt, folgende Wahlkreise, die unzer werden müssen, wenn die Genossen ihre Schuldigkeit thun: Osterburg-Stendal, Wolmirstedt-Neuhaldensleben, Wanzleben, Döberritzsch-Halberstadt, Naumburg-Zeitz, Erfurt-Schleieringen.

**Maifeier.** In Tauberna bei Weipenfeld wird die Maifeier Sonntag, den 30. April, abgehalten, weil sonst ein großer Theil der Arbeiter, und namentlich der Bergleute, sich nicht daran betheiligen könnte. In Frankfurt a. O. ist am Abend des 1. Mai eine Ver-

sammlung, am 7. Mai ein Ausflug; in ähnlicher Weise wird das Fest in Brandenburg gefeiert (der öffentliche Umzug ist auch dies Jahr verboten worden). In Neu-Weipenfeld bei Berlin wird am Abend des 1. Mai eine Versammlung nebst Commerc abgehalten. In Nixdorf ist am Abend des 1. Mai Versammlung, am 7. Mai ein Fest. Die Breslauer Parteigenossen halten das Fest am 30. April in Oswig ab; die Saalfelder am 7. Mai.

Die Kölner Arbeiter wollen auch in diesem Jahre versuchen, den städtischen Gürzenich-Saal zur Maifeier und zu Parteiversammlungen zu erhalten. Falls dies wie in den beiden Vorjahren wieder abgelehnt wird, soll Beschwerde erhoben und unter Umständen der Klageweg beschritten werden. Der Saal wird bekanntlich den anderen Parteien bereitwillig zu Versammlungen und Festlichkeiten überlassen.

Bei den **Gewerbegerichts-Wahlen** in Seckenheim in Baden siegten die socialdemokratischen Candidaten mit Dreiviertel-Majorität.

Bei der **Gemeinderaths-Wahl** in Hohenfeld bei Altona wurden in der dritten Klasse die socialdemokratischen Candidaten gewählt, obwohl sich unsere Partei zum ersten Mal an der Wahl betheiligte hatte.

Die **Socialdemokratie** des bayerischen Kreises Schwaben-Meuburg hält am zweiten Pfingstfeiertage in Mindelheim einen Parteitag ab, auf dem über folgende Punkte verhandelt werden soll: 1. Die bayerischen Landtagswahlen, 2. die Reichstagswahlen, 3. Organisation und Agitation, 4. die Parteipresse, 5. der internationale Arbeitercongrès in Zürich, 6. Anträge und Verschiedenes.

**Arbeiterbewegung.**

Zur **Lohnbewegung** der Seizer und Trimmer Hamburgs meldet das „Hamburger Echo“, daß das Streik-Comitee in der Versammlung am 14. April den Vorschlag machte, man solle den Streik aufgeben und zu einer passenden Zeit wieder aufnehmen. Die überwiegende Mehrheit der Versammlung lehnte dies ab. Die in der Versammlung anwesenden englischen Feuerleute gaben durch den Vorsitzenden die Erklärung ab, nicht für 10 Wrl. mustern zu wollen. Sühnen solle man nicht vorhalten, daß sie als „blacklegs“ gemustert hätten. Die Streik-Commission wurde von der Versammlung beauftragt, eine Unterhandlung mit den Arbeitern anzubahnen. Es ist bereits ein diesbezügliches Schreiben an den Vorsitzenden des Arbeitervereins, Herrn Laeis, abgesandt worden.

Der **Streik** in der Neuperster Baumwollspinnerei dauert fort. Die Zahl der Ausständigen beträgt 300. Aus London wird unterm 16. April berichtet: Eine zahlreich besuchte Versammlung von Dockarbeitern, die den Syndicaten angehören, nahm heute Vormittag den Antrag an, die Erwägung des Antrages wegen eines allgemeinen Ausstandes zu vertagen, bis eine zum 17. April einberufene Versammlung sich über diese Frage ausgesprochen haben werde.

**Klassengegensätze bei den Juden.**

Von Max Zetterbaum.

VI.

b. Capitalistische Entwicklung.

So groß auch die socialen Gegensätze geblieben sein mochten, die gemeinsame Bedrückung überbrückte sie. Dazu kam, daß früher die jüdische Bourgeoisie die einzige Quelle ihres Reichthums im Bacher fand, ihr Reichthum selbst mäßig blieb und unter den Juden ein noch stärkerer Mittelstand vertreten war. Dagegen bewirkte der Einzug des Capitalismus in Galizien eine mächtige Entwicklung der jüdischen Bourgeoisie und eine vollständige Proletarisirung des Mittelstandes, eine scharfe, sichtbare Scheidung in zwei Klassen: in jüdische Bourgeoisie und jüdisches Proletariat, zugleich eine beispiellose Verelendung und Verblödung der jüdischen Massen.

Die Eisenbahn eröffnete Galizien dem Weltmarkt: alle Bodenproducte, alle Lebensmittel, welche früher im Lande geblieben waren, wurden nun in steigenderer Anzahl ausgeführt; die Preise der Lebensmittel stiegen enorm, um drei- und vierfache und noch höher; andererseits erfolgte eine reiche Einfuhr von Industrie-Erzeugnissen aus industriellen Ländern, welche das Land übersäuerten, die Preise der Handwerks-Erzeugnisse sanken und eine Fülle von Arbeitskräften überflüssig machten. Die erste Thatsache schuf die Capitalisten-Klasse, die zweite das Proletariat.

Alle diejenigen, welche den Export der Lebensmittel vermittelten, den Absatz und den Kauf concentrierten, erwarben sich Reichthümer, während die

Tausende kleiner Makler und Fruchthändler Proletarier wurden! Den Großhändlern schloßen sich an diejenigen, welche in diesem wenig industriellen Lande Fabriken haben und die Steuerepächter. Einen Haupttheil der indirecten Staatssteuern bildet nämlich in Oesterreich die Verzehrungssteuer auf alle möglichen Consumartikel, auf Fleisch, Bier, Branntwein u. s. w.: die Haupt-Einnahmequelle der Stadtgemeinden bilden ihre Zuschläge zu diesen Steuern. Die staatliche und die Gemeindesteuer wird nun verpachtet, und zwar in Folge der Concurrenz der Capitalisten um einen hohen Preis, und die Pächter wollen nicht nur ihren Pachtzuschlag hereinbringen, sie müssen auch standesgemäß leben, luxuriös sich einrichten, ihre Töchter reich verheirathen und Capitalien ansammeln. Sie haben das Monopol und sie schrauben daher die Preise der nothwendigsten Nahrungsmittel unnatürlich in die Höhe und berauben Tausende jüdischer Proletarier wochenlang des Genußes von Fleisch. Den Steuerepächtern, die fast ausschließlich Juden sind, schließen sich die jüdischen Grundbesitzer an. Sie bilden in Galizien dreizehn Proc. unter ihren Klassengenossen, während die Juden nur elf Proc. der Bevölkerung ausmachen. Seitdem nämlich im Jahre 1868 den Juden die Erwerbung von Grundbesitz gestattet wurde, verstanden es die reicheren jüdischen Schanpächter und Landwucherer, die Bauern, deren Lage eine immer precärere wurde, auf die unbarmherzigste Weise mittelst kleiner Schulden gerichtlich zu expropriieren, und durch Expropriation von dreißig bis fünfzig Bauern entland ein neuer Gutsherr. Außerdem legten alle größeren Wucherer nach Aufhebung der Wucherfreiheit, der Sicherheit wegen, ihr Capital mit Vorliebe in Grundbesitz oder in Häusern an; ebenso thaten es die Gläubiger verschuldeter Edelleute, denen diese letzteren Grund und Boden abtreten mußten. Außer den genannten Capitalisten gehören zur jüdischen Bourgeoisie in Galizien noch reiche Waarenhandlungsbesitzer, die Beamten der Creditanstalten, größere Makler und Agenten, sowie endlich als erste Gilde, als ihr Stolz und ihre Blüthe, die jüdischen Advocaten, Aerzte und die wenigen Staatsbeamten. Diese Vertreter der jüdischen Intelligenz sind in überwiegender Anzahl aus dem Volke hervorgegangen, haben aber dann der Existenz wegen oder um auf eine leichte Weise ein Vermögen zu erwerben, eheliche Verbindungen mit Töchtern der Bourgeoisie geschlossen, und sie eben werden in der Folge die lautesten Wortführer der Bourgeoisinteressen. Die Demoralisation bei Eingehung dieser Ehen hat einen hohen Grad erreicht und ist ein interessantes socialistisches Factum. Die Eheschließung ist nichts anderes als der Kauf einer Waare; nach Alter, Stufe, Stellung, „besserer oder ärgerer Abkunft“ (sic) im Voraus die Preise der Mitgift genau normirt: und wenn der junge Arzt oder Concipient oder Advocat den Preis acceptirt, ist das Geschäft abgeschlossen; es thut nichts, daß das Paar sich früher gar nicht gesehen und gekannt hat.

Die gesammte studirende jüdische Jugend Galiziens sieht in einer guten Mitgift das letzte Ziel ihres Strebens und ihres Studiums; der technische Ausdruck, der naiv gebraucht wird, ist „sich theuer oder billig zu verkaufen.“ Die heirathsfähigen Bourgeoisstöchter empfangen selbstverständlich „höhere Bildung“, d. i. sie lesen Familienromane, sprechen schlecht französisch und spielen Clavier.

Die erwähnten Doctoren kennen keine unnötigen Ideale; ihr Streben beschränkt sich auf das Erlangen eines schönen Meublements und eines Gemeinderathssitzes in einer galizischen Provinzstadt. Sie sind im Ganzen und Großen eine verächtliche Gesellschaft von lächerlichem Stolze; nur die Fähigeren unter ihnen pflegen in der Jugend Bourgeoisideale, damit sie, nachdem sie eine höhere Stufe erstiegen, eine größere Mitgift erlangen.

Der Capitalbesitz, der Reichthum, verleiht der jüdischen Bourgeoisie ihre dominirende Stellung unter ihren Glaubensgenossen, sichert ihr über diese eine unbedingte Herrschaft. Die jüdische Bourgeoisie trachtet den bisherigen Zustand und die bisherige Entwicklung zu erhalten. Sobald sie sich einmal Macht und Reichthum angeeignet hat, sucht sie sorgfältig das Volk in Elend und Finsterniß zu erhalten und zu dem Zwecke unterstützt sie überall die conservativen Parteien. Die Unterstützung extrem conservativer oder reactionärer Parteien ist das Geheimniß alles Handelns und aller Thätigkeit der jüdischen Bourgeoisie in Galizien. Sie wendet hierzu alle Mittel an; wo es nothwendig ist, entfacht sie den jüdischen Chauvinismus ins Ungemessene; wo ein Jude ihr unbequem wird, verfolgt sie ihn aufs Ärgste: bald enthusiastisch, bald sich scheinbar für die Freiheit, bald, was häufiger geschieht, vernichtet sie deren sprichende Reime. Die jüdische Bourgeoisie und die christliche Bureaucratie sind immer im innigsten



Bunde, diese hilft jener, wo sie kann. Die Bourgeoisie weiß, daß die letzte Stunde ihrer Herrschaft geschlagen hat, wenn die arbeitenden Klassen verschiedener Nationalitäten und Confessionen gegen Adel und Bourgeoisie sich vereinigen. Diese Vereinigung zu hintertreiben, die breiten Massen des jüdischen Volkes fern von andern Nationalitäten und in Abhängigkeit von ihr zu erhalten, ist die Hauptaufgabe der jüdischen Bourgeoisie. Dabei kommt ihr die Unwissenheit ihrer Gegner zu statten. Diese letzteren kennen die Gestaltung der Klassen unter den Juden nicht, für das Handeln der Bourgeoisie machen sie alle Juden verantwortlich, was den Bourgeois Gelegenheiten giebt, sich auf die Vertheidigung „des Gesamtjudenthums“ herauszuspielen. Die armen Juden sehen dann in den mächtigen Reichen ihre natürlichen Beschützer und schließen sich noch mehr von den Christen ab. In dieser Absonderung beruht das Geheimniß der Macht der jüdischen Bourgeoisie. Durch Schürung des religiösen und Rassenfanatismus wendet sie den Geist des ungebildeten Menschen von den realen Lebensfragen ab, indem sie ihm gleichzeitig sein tägliches Brot wegnimmt.

**Berliner Neuigkeiten.**

**Eine empörende Nothheit,** durch welche der Tod eines Knaben herbeigeführt worden, hat Veranlassung zu der Verhaftung des 19jährigen Kutschers Oscar Schirmer gegeben. Am vergangenen Sonnabend, Nachmittag gegen 4 Uhr, wollte der 11jährige Max Bethke, dessen Eltern in der Grünwaldstraße 121 wohnen, den Fahrdamm der Goltzstraße überschreiten, blieb jedoch auf der Bordsteinecke einen Augenblick stehen, um das von dem obengenannten Sch. geleitete Kolliführwerk vorbei zu lassen. Der Kutscher lenkte jedoch, in schärfster Gangart fahrend, seine Pferde so dicht an die Bordsteinecke, daß der dicht davor stehende Knabe von den Wagenstangen heruntergerissen wurde. Die Hinteräder gingen über den Kopf und die Beine des unglücklichen Kindes hinweg, welches entsetzlich verstümmelt nach dem Elisabeth-Krankenhaus geschafft wurde und wenige Stunden darauf verstarb. Der schuldige Kutscher suchte sein Heil in der Flucht, indem er mit der Peitsche nach seinen Verfolgern schlug; schließlich aber wurde er gestellt, vom Wagen gerissen und von dem empörten Publikum geholt, bis Schutzleute hinzukamen und den Kutscher aus den Händen der Menge befreiten. Auf dem Wege nach der Polizeiwache meinte der rothe Burche: „Na, schad' doch nich, denn ich' id een paar Monate nach Wöghense.“

**In Schildhorn** erschoss sich Sonntag Abend der jugendliche Bildhauer Otto Wille. In einem dortigen Local jagte er sich eine Revolverkugel in den Kopf. In seinem Notizbuch hatte, wie die Blätter berichten, der Lebensmüde als Grund der That ein „amerikanisches Duell mit einem Offizier“ verzeichnet. Bei der Leiche fand man noch 1,80 Mk. vor, aber keine Werthpapiere. Der Todte ist nach der Halle des Selbstmörder-Friedhofes am Grünwald gebracht worden. Er stammt aus Halberstadt.

**Ansehend aus unglücklicher Liebe** hat gestern Vormittag das fünfundzwanzig Jahre alte Dienstmädchen Auguste Vermahly, das bei dem Kaufmann K. in der Französischenstraße Nr. 57 58 in Stellung war, Selbstmord begangen, indem es Schweinsfurtergrün zu sich nahm. Die Gewagte war in der herrschaftlichen Wohnung verblieben und starb daselbst um zehn Uhr Abends. Die Leiche ist dem Scaubhause zugeführt worden.

**Ueber zwei erhängte Personen** wird berichtet: Gestern Vormittag um 7 Uhr hat sich wegen unerwidert gebliebener Liebe der 23 Jahre alte Silberarbeiter Wilhelm Wille, Blücherstraße 34, das Leben genommen. Er hatte seine Neigung der unverheirateten Marie Waltger, Simeonsstr. 29, zugewandt, von dieser aber fortgesetzt Zurückweisungen erhalten. Aus diesem Grunde hat er das Haus, in dem seine Angebetete wohnte, aufgesucht und sich, wie er in einer hinterlassenen Notiz sagt, aus Rache dort erhängt. — Einige Stunden später fand die Tochter der Milchhändlerin Dannehl in einem Stalle des Grundstücks Alsterstraße 7a den fünfzehnjährigen Kaufmannssohn Ernst Richter an der Krippe als Leiche hängend vor. Wie sich herausgestellt hat, hatte er seiner Dienstherrin Dannehl geringe Geldbeträge unterschlagen, die er von Kunden eingezogen hatte. Als dies bemerkt wurde, wollte er von seiner Tante K. in der Neuen Friedrichstraße sein Sparsassenbuch holen, um den Betrag zu ersetzen. Da er dies nicht erhielt, so hat er seinem Leben ein Ende gemacht.

**Breslauer Nachrichten.**

Breslau, den 20. April 1893.

**Der sittliche Männerbund.**

Am Dienstag Abend tagte im Vincenzhause der Bund sittlicher Männer in Breslau. Die Verhandlungen und Reden, die da gehalten wurden, waren der Ausdruck der verankerten bürgerlichen „Tugendlichkeit“. An die Wurzel aller Uebel zu fassen, scheuten sich auch Männer, wie alle unsere bürgerlichen Moralphilister. Wir können diese Bestrebungen, wie sie sich auch in der Dienstag-Versammlung zeigten, nur zu einem sehr unbedeutenden Theil als für unsere heutigen Zeitverhältnisse berechtigt, anerkennen. Zu einem Theil sogar ist die tiefende Sittlichkeit der Männerbündler geradezu volksfeindlich. Ist doch sogar diesen Leuten die lex Deuze in vielen Sachen noch lange nicht milderhaft genug. Die Bestrebungen der „sittlichen Männer“ registriren wir nur als ein Zeichen der Zeit, als einen Bemerkenswerthen für die allgemeine Kopfschütteltheit der bürgerlichen Gesellschaft.

[Offenhalten der Schaufenster an Sonntagen.] Ein in einer Stadt des Bezirkes Breslau bestehender Meisterverein hatte sich kürzlich an die königliche Regierung zu Breslau mit der Anfrage gerichtet, ob es zulässig sei, an Sonn- und Festtagen die Schaufenster außerhalb der Stunden des Hauptgottesdienstes offen zu halten. Auf diese Anfrage hat der königliche Regierungs-Präsident zu Breslau folgenden Bescheid ertheilt: „Auf die Eingabe wird nach erfolgter Prüfung eröffnet, daß gemäß § 4, Ziffer 2 der Polizeiverordnung vom 26 Juli 1882, betreffend die äußere Heilighaltung der Sonn- und Festtage, die Schaufenster nur während der Dauer des Hauptgottesdienstes geschlossen zu halten sind. Es ist hiernach unverboden, an Sonn- und Festtagen außer der Zeit des Hauptgottesdienstes die Schaufenster offen und die darin ausgestellten Waaren unverdeckt zu lassen. Selbstverständlich darf aber in den Läden, die ihre Schaufenster außerhalb der Stunden des Hauptgottesdienstes nicht verhängen, ein Gewerbebetrieb außerhalb der für die Beschäftigung im Handlungsgewerbe an Sonn- und Festtagen freigegebenen Stunden nicht stattfinden (§§ 41a und 146a der Reichsgewerbeordnung).“

[Lobe-Theater.] Gestern ging vor gut besetztem Hause „Die Waise aus Lomodo“ in Scene. Fräulein Wüller, als Benefiziantin, wurde nach jedem Acte stürmisch gerufen und mit prachtvollen Blumenarrangements förmlich überschüttet. Ihr Spiel als Waise war auch vorzüglich, ebenso die Leistungen der anderen Darsteller. — Sonnabend ist das Benefiz für Clara Wend, welche ebenfalls sich großer Beliebtheit beim Publikum erfreut und ist ein reger Besuch vorzuzusehen. In Scene geht: „Frau Director Striese“, als Fortsetzung des Stückes „Herr Director Stiele im Klub der Sabinerinnen“.

[Vermiss.] Der 18 Jahre alte Schriftleger Carl Stenzel hat sich am 16. d. Mts. aus seiner Wohnung, Am Wäldchen 6, entfernt, um nach Scheitnig zu gehen, ist aber nicht mehr zurückgekehrt. Stenzel ist mit grauem Beinkleid, blauem Jaquet, gelbem Ueberzieher und braunem Hut bekleidet.

[Sturz in die Oder.] Heute Vormittag um 10 Uhr stürzte ein 6jähriger Knabe die Böschung des Oderufers an der Oderthorwache herab in die Oder. Ein des Weges kommender Herr sprang dem Kinde sofort zu Hilfe und rettete es noch rechtzeitig mit eigener Lebensgefahr.

[Aufforderung.] Derjenige Dienstmann, welcher von einem Schwertstabe 3 früher wohnhaften Herrn Ende März zwei elegante Mustertoffer mit dem Aufdruck: erhalten hat, dieselben in ein Geschäft auf der Schweidnitzerstraße zu tragen, wird aufgefordert, sich bald im Zimmer Nr. 13 des Polizei-Präsidentiums zu melden.

[Polizeiliche Meldungen.] In das Polizeigefängniß wurden am 18. d. M. 38 Personen eingeliefert. — Gestohlen wurden: Einem Dienstmädchen auf der Neuen Antonienstraße 9 Mark. — Abhanden kamen: Drei Portemonnaies mit 22,70, 20 und 1 90 Mark Inhalt. — Gefunden wurden: Ein leinwandenes Halstuch, ein Spizentuch.

**Eingefandt.**

Unter Eingefandt finden Zuschriften aus dem Leserkreise Aufnahme, selbst wenn die Redaction die darin ausgesprochenen Ansichten nicht theilt. Es muß die Sache nur von allgemeinem Interesse sein und eine Betrachtung von verschiedenen Seiten sich empfehlen. Anonyme Einsendungen dagegen bleiben stets unberücksichtigt.

Ein mir befreundetes zwanzigjähriges Mädchen arbeitete eine Woche lang in der hiesigen Tabak- und Cigaretten-Fabrik von Gebrüder Halpaus, Junkerstraße 18/19. Sie wurde daselbst mit dem Paden der Cigaretten und Drehen der ziemlich schweren Tabakschneidemaschine beschäftigt. Als Lohn für volle sechs Arbeits-Tage erhielt sie 3 Mark, sage und schreibe drei Mark Wochenlohn für ein erwachsenes Mädchen. Das Mädchen braucht aber für Kost, Wohnung und Wäsche mindestens vier Mark. Ich möchte mir nun die ganz bescheidene Anfrage erlauben, an die Fabrikbesitzer nämlich, durch was der Fehlbetrag gedeckt werden soll? Ist es da ein Wunder, wenn die Mädchen auf den Weg des Lasters gedrängt werden? Den Antisemiten zum Exempel will ich noch bemerken, daß die betreffenden Herren gute Christen sind. Für die volle Wahrheit des hier Gesagten siehe ich ein.

Herrmann Wolke, Tischler, Weinstr. 4, IV. Etage

**Aus den Nachbarprovinzen.**

**Posen.** Am Freitag, den 14. d. Mts., reiste der 60jährige Genosse Samuilowitsch nach Göttingen, um

dort eine Erbschaft von 50 Mark zu erheben. Auf seiner am 16. d. Mts. angetretenen Rückreise über Kurnick ist er am Sonntag Abend unweit des Dorfes Beccae bei Wosen ermordet und seiner Baarschaft beraubt worden. Wir verlieren in ihm einen Überzeugten, stillwirkenden Parteigenossen. Ehr seinem Andenken!

**Hogowo, 16. April.** Bei eisiger Kälte brauste heute ein furchtbarer Schneesturm über die Fluren, der so dicht war, daß man nur wenige Schritte weit sehen konnte. Die Saaten, bereits grün und üppig, wüthten sich vor dem eisigen Hauch, und der Schnee bedeckte die erstarrten Pflänzchen. Die Gemüsepflanzen in den Gärten sind erfroren. Nur mühsam konnte die zeitweise hervorbrechende Sonne die Wege und Fluren vom Schnee und Hagel befreien.

**Znowobrazlaw, 16. April.** Gestern Abend zeigten sich in dem Hinterhause des der Regierung zu Bromberg gehörigen Grundstücks plötzlich große Risse in den Umfassungsmauern. Der schnell herbeigeholte Sachverständige verfügte die sofortige Räumung des Hauses, und die Bewohner mußten bei Freunden und Nachbarn übernachten. In der Nacht um 4 Uhr stürzte das Haus plötzlich unter schrecklichem Getöse in sich zusammen und begrub das Inventar der beiden darin wohnenden Familien, die so ihrer Habe beraubt worden.

**Vereine u. Versammlungen.**

**Öffentliche Versammlung zur Bekämpfung der Unsitlichkeit.** Am Dienstag, den 18 April, Abends 8 Uhr, hielt im Saale des Vincenzhauses, Seminargasse 15, Generalsecretär Maxor Paschke aus Berlin, vor ungefähr hundert Männern und Jünglingen einen Vortrag über das Thema: „Aus dem Kampfe gegen die Unsitlichkeit.“ Auch wir zahlten das erhobene Eintrittsgeld von 30 Pfennigen, gegen welches man erst Berechtigung bekam, sich den Vortrag anzuhören und geben demzufolge im nachstehenden Folgendes aus den Ausführungen wieder: Zunächst müssen wir noch erwähnen, daß von einem Vorstandsmitgliede des Männerbundes zur Bekämpfung der Unsitlichkeit, die Versammlung eröffnet wurde. Nach einigen einleitenden Worten, ohne eine Bureauwahl vorzunehmen, ertheilte derselbe darauf dem Herrn Paschke das Wort. Wir leben in einer Zeit der Unruhe und des Kampfes, so hoch dieser an, der Kampf aber bringt die Wahrheit an den Tag. Freuen wir uns dessen, daß der Friede des Reichthums ins Schwanken gekommen ist. Jeder wahre Mann und Jüngling hat den Kampf lieb. Wer hinter die Fassade des Lebens, hat gemerkt, daß es für das Volk nur „ein entweder oder“ gibt. Entweder folgt man dem Verderben, dann wird die Zeit kommen, wo ein großer Tag eintritt. Oder unser Volk bekennt sich, horcht auf die Wahrheit des Bibelwortes. Dann fallen Tausende die Schuppen von den Augen, dann kommt mit Gottes Hilfe der Tag, wo die Nebel sich zerstreuen; einbricht eine sittliche Wiedergeburt. Wer wollte nicht auf der Seite stehen, das deutsche Volk zu retten; helfen daß die Schwachen nicht gedrückt werden. Vor äußeren Feinden hat das deutsche Volk nie gezittert, unser Volk hat nie die Waffen gelassen. Das ist aber das Schlimme, daß das deutsche Volk heute am Herzblut leidet. Es geht eine Pest durch unser Volk, die sich öffentlich breit macht. Die Cholera hat viele Tausende gefordert, aber sie verschwindet. Die Pest der Unzucht, wann nimmt sie ab? Ins Schloß bricht sie ein, unter den Armen wüthet sie, die Männer verdirbt sie, die Jugend macht sie weis. Mit diesem Feinde giebt es keinen Waffenstillstand, sondern einen Kampf auf Leben und Tod. Wenn man sagt, dieser Kampf ist nicht sauber, den machen wir nicht mit, so ist dem entgegenzusetzen, daß noch nie ein Kampf mit Glacehandschuhen ausgefochten worden ist. Die Schmutzfluthen richten mehr an, als ein wildes Gewissen. Was soll man dem sagen, der hiergegen sein Auge verschließt. Es ist an der Zeit, daß man darauf aufmerkt, daß es unter den heiligen zehn Geboten Gottes ein 6. Gebot giebt. Es ist Zeit, daß Jungfrauenwürde nicht bloß gefeiert wird von Dichtern. Eine ganze Flut von Zeitungen und Romanen nenne den Jüngling einen Narren, der keusch und züchtig ist. Auf Equatern wird Unzucht öffentlich mit aller Technik aufgeführt, Kunsttempel und Museen sind Menschenfleischhallen. Wenn auch ein großer Theil unseres Volkes, von oben bis unten, laßt, daß man die Sünde gegen das letzte Gebot eine Sünde nennt, keine Sünde ist doch größer. Unsere Irrenanstalten u. s. w. beweisen, daß unsere Unzucht zunimmt. Die Deutschen lebten einst freier anders. Es war die größte Schande, hierin zu fehlen. Die Zeit möge bald vorüber sein, wo man den Jünglingen die Wege zur Unsitlichkeit bahnt. An allen Ecken müsse man dagegen protestiren, daß die Frauen Genüßmaschinen werden, daß ihnen der letzte Junge von Scham geraubt wird. Der verweichte Mann sollte ebenso zur Kontrolle angehalten werden, denn er überträgt das Gift schließlich auf sein Weib und seine Kinder. Während in kurzer Zeit der Vulkan bald Feuer speit, will man sich an seinem Fuße noch niederlegen. Die Unsitlichkeit trage dazu bei, daß der Mensch seine Liebe hat zu großen Gottesgedanken. Der Redner macht darauf Mittheilungen, welche seine allgemeinen Behauptungen beweisen sollten. Ein junger Mann, der in die Garnison eintritt, bekam von seinem Vater zuerst die Worte, er solle nicht verweicht zurückkommen. In Leipzig gingen eine ganze Studentencorporation in ein Haus der Schande, und 7 von 12 steckten sich in einer Nacht an. So gehst mit unseren Studenten. Böhmen werden diese Leute, einst Männer geworden, das Volk führen. In Amerika war ein Saal von Weibern voll und man drauf und dran einen Mann ins Parlament zu wählen. Da trat ein schlachter Mann auf, der diesem Vertreter vorwarf, wenige Tage vorher in ein öffentliches Haus gegangen zu sein, und jener Vertreter wurde nicht gewählt. Keinem Manne gebühren auch Stimmen des Volkes, der nicht sitrenreus ist. Unterem Volke sieht es nicht besser aus. So hat eine Mutter ihre Tochter einem Candidaten für eine kleine Wohnat „dieser selbst an. Derselbe lehnte dies Anerbieten jedoch ab, worauf die Mutter erwiderte „sollen muß meine Tochter doch.“ Schlechte Wohnungen, dabei ihre Kiechen sind unter das allgemeine Bild. Wer nur arbeiten will, das Volk heraus zu erretten, Sorge, daß es menschenwürdige Wohnungen haben, daß nicht das Schlafstübchen und was mit zusammenhängt, daß nicht durch das Zusammengepferderten die Prostitution gefördert wird. Jünglinge gehen einher, den man



ansehen kann, daß sie Opfer der Unzucht geworden sind. Es ist ein Greuel, daß heut Hühner geschrieben werden, mit dem Titel: „Liebe ohne Kinder“! u. s. w. Das ist der ärglichen Wissenschaft unwürdig, eine Schmach. Wenn man an allen Ecken den Liebesveracht, den Mörder bestraft, aber der Wollüstling überall Zutritt hat, der Verführer der Jungfrau unbestraft ausgeht, dann ist es die höchste Zeit, dem einen Damm entgegenzusetzen. Als Genossen im Kampf fragen wir nicht, geht du politisch mehr rechts oder links. Auf unserer Seite steht Gottes Wort, das Gebot vieler, die zu Gott fliehen, auf unserer Seite steht der Nothschrei, der durch die Verführer hinabgehöhleten. Der Kampf soll, wie Redner weiter ausführt, durch Sittlichkeitsvereine gerührt werden. Wir müßten pergeißeln, wenn das deutsche Volk dafür kein Interesse hätte. Wir wollen dafür eintreten, daß das deutsche Haus keusch sei. Daß man die Frauen ehrt und achtet, daß man sich der Sünde schäme, eine Jungfrau zu verführen. Wir wollen vor allem die Jugend schützen. Wir sagen die Wahrheit jedem Volkverderber. Wir treten dafür ein, daß dem Weibe stets Recht werde, daß auch der Lüftling gebrandmarkt werde. Geschlossen müssen wir kämpfen. Ist der Gegner riesenstark, so verliert der Einzelne den Mut. Wo ein großer Sittlichkeitsverein ist, wird die Arbeit harmonisch betrieben. Der Vortragende geht dabei auf die Organisation der Vereine des Näheren ein. Die Bitten, Proteste und Petitionen, von Hunderten ausgehend, werden Erfolg haben, wenn er auch nicht bald eintritt. Nicht im Vereinigen wurde der Reichstag von uns beeinflusst. Theaterstücke u. s. w. sind verboten worden. Männer und Jünglinge sind durch uns sittlich gerädert und geläutert worden. Die Worte, die wir ins Volk rufen, schlagen ein in die Herzen desselben. Möge auch in dieser Stadt dies der Fall sein. Gott lasse sie es erleben, daß sie in ihrer Stadt Früchte der Arbeit ernten. (Lebhaftes Bravo.) Der Einbringer dankt den Anwesenden für den Beifall und fordert dieselben auf, dem Verein zur Beförderung der Sittlichkeit beizutreten. Es wäre ein Jammer, daß in einer so großen Stadt, wie Breslau, so wenige Organisationen sind.

Schluss der Versammlung um 9 Uhr.

**Deutsche Gesellschaft für ethische Cultur** Die Abtheilung Breslau hielt am Dienstag Abend unter Vorsitz des Herrn Dr. Pöcher in Merz's Restaurant, Oblauerstraße, eine Versammlung ab, welche auch von Damen besucht war. Protector a. D. Maas sprach über das Thema, ob ein Krieg unter allen Umständen vermieden werden könne. Die Ausführungen des Redners waren theils wissenschaftlicher, theils geschichtlicher Natur. Außer den Greueln, welche ein Krieg mit sich bringe, habe er auch gute Folgen, indem er immer Zwangsweisen bezeuge. Gleichwohl bleibe er immer ein schweres Uebel. Man habe nun versucht, oft auch mit Erfolg, durch Schiedsrichter bei Streitigkeiten der Völker Kriege zu vermeiden; doch seien manche dieser Versuche mißglückt. Es sei auch nicht zu verkennen, daß ein zum Schiedsrichter angesehener Richter immer persönliche Interessen mit einmischen werde, wie Redner dies an einzelnen Beispielen erläuterte. Deshalb würden Kriege durch Schiedsgerichte nicht beendet werden. Die ethische Bedeutung des Krieges bestände darin, daß kleine Streitigkeiten mit einem Male befeitigt würden. In der an den mit Beifall aufgenommenen Vortrag sich anschließenden Discussion bemerkte Student Hoffmann, er halte den Krieg für ein ebensoviel notwendiges Uebel wie die Duelle. Es gäbe kein anderes Gewaltmittel, durch das sich die Völker zu ihrem behaupteten Rechte vergehen könnten. Italien sowohl wie Deutschland hätten ihre gewiss von Allen begrübte Einigung durch Krieg erreicht. Doch dürfe ein Volk in seinem Eigennutz nicht zu weit gehen, und es dürfe sich nicht der Egoismus breiten lassen, wie dies leider auch bei uns geschehe. Mit dem Worte „Erdbeim“ Spiel zu treiben, sei nicht am Platz. Hier verlangte der überwachende Polizeibeamte, aus Grund des § 8 des Vereinsgesetzes, das die amwesenden Damen das Local verlassen möchten; auf eine Aussprache darüber, ob er diese Forderung mit Recht stelle, verzichtete er nicht ein. Noch während sich die Damen entfernten, wies der Vorsitzende die Versammlung.

**Parlaments-Berichte.**

Original-Berichte der „Volkswacht“

**Abgeordnetenhaus.**

63. Sitzung. Dienstag, den 19. April. — 11 Uhr. (Schluss).

Ein Antrag Meyer-Berlin geht dahin, den ganzen § 15, zu streichen, eodent. aber eine einschränkende Bestimmung in den Paragraphen aufzunehmen, dahin, daß zwei Drittel der Beiträge oder der Rückkaufwerth der Police bis zum Betrage von 16 000 Mark frei bleiben sollen. Abg. Büchhoff (freic.) erklärt, daß ein Theil seiner Freunde für einen der Meyer'schen Anträge stimmen wird. Die Steuerreform will gerade die Minderbemittelten erleichtern. Dieser Grundsatze wird in der Fassung des § 15 aber nicht berücksichtigt. Abg. v. Hoff (freic.) stimmt ebenfalls für Streichung des § 15. Man solle doch nicht so ängstlich thun, um nur ja keinen Pfennig Steuer dem Staate entgegen zu lassen; der sittliche Werth der Versicherungen komme auch in Betracht; jemand der sich versichert und Prämien zahlt, handelt vielleicht mehr im Interesse des Staates als derjenige, der sein Geld in lockerer Weise durchbringt. Versicherungen zu Gunsten Dritter können nicht als Vermögensobject des Versicherten gelten. Regierungs-Commissar General-Steuerdirector Burgardt: So lange die Police sich im Gewahrsam und in der Disposition des Versicherten befindet, sind auch Versicherungen zu Gunsten Dritter Vermögensobjecte des Versicherten. Alle diese Fälle sind in der Commission eingehend erörtert und man hat eingesehen, daß der Steuerumgehung Thür und Thor geöffnet wird, wenn die Versicherungen frei bleiben. Abg. Dr. Enneccerus (natl.) spricht zu Gunsten der Meyer'schen Anträge. Die Möglichkeit der Steuerumgehung ist nicht groß denn die Anlage von Vermögen zu Versicherungszwecken ist ein wenig vorteilhaftes Geschäft. Auch

wird durch den Eventualantrag Meyer-Berlin die Gefahr der Steuerumgehung beseitigt. Minister Dr. Miquel betont die Gefahr der Steuerumgehung. Es liegt ein Vermögen von 4 Milliarden bei den deutschen Lebensversicherungen fest, das frei zu lassen, kein steuerpolitischer Grund vorliegt, selbst wenn sich juristische Gründe nachweisen lassen. Abg. Schmidt-Marburg (Str.) erklärt sich für den Eventualantrag Meyer-Berlin. Abg. von Buch (cont.) ist gegen die Anträge Meyer. Man würde durch deren Annahme Vorzüge für Bessersituirte schaffen; kleine Leute, namentlich kleine Grundbesitzer, sind so belastet, daß sie an eine Lebensversicherung gar nicht denken können. Abg. Sperlich (Str.) erklärt sich gegen die Anträge Meyer-Berlin. Die Anträge Meyer-Berlin werden abgelehnt. § 15 wird unverändert angenommen; ebenso § 16 debattelos. Zu §§ 17 und 18, welche die Bestimmungen über die Besteuerungsgrenze und die Steuerfähe enthalten, lagen mehrere Anträge vor. Ein Antrag Würmeling (Str.) will die Mindestgrenze von 6000 auf 10 000 Mk. Vermögen setzen; von Synern (natl.) will 12 000 Mk. als diese Grenze und demgemäß die ersten drei Sätze der Scala mit 3, 4 und 5 Mark Steuer streichen, während der Antrag Würmeling nur die ersten beiden Positionen der Steuerfähe streichen will. Ein Antrag Meyer-Berlin (Str.) stellt eine neue Scala fest, die mit einem Steuerfähe von 3 Mk. bei 12 000 Mark Vermögen beginnend auf 22 Mk. für 46—48 000 Mk. Vermögen steigt (während die Commission 3 Mk. bei 6000 Mark Vermögen beginnend bis 22 Mk. bei 46—48 000 Mk. Vermögen vorschlägt). Abg. Dr. Friedberg (natl.) wünscht, daß einer der beiden zu § 17 (Steuerumgehung betreffend) vorliegenden Anträge angenommen werden möge. Die Abgg. Würmeling (Str.) und Meyer-Berlin (Str.) begründen ihre Anträge. Reg.-Commissar Geh.-Rath Wallach bittet um Ablehnung sämtlicher Anträge unter Hinweis auf den durch dieselben bedingten Steuerausfall. Minister Miquel bekämpft die Anträge wegen der darin zum Ausdruck kommenden Depression bei kleinen Vermögen, die bei der Vermögenssteuer wegen der geringen Steuerfähe keinen rechten Sinn habe, aber einen erheblichen Steuerausfall bedinge. Zu Gunsten der Anträge sprechen noch die Abgg. Dr. Bachem, Würmeling (Str.) Schröder (Pole) und v. Synern; gegen dieselben dieselben die Abg. v. Bismarck, Graf Limburg (conf.). Bei der Abstimmung werden alle Anträge abgelehnt und die §§ 17 und 18 unverändert nach den Commissionsvorschlägen angenommen. Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf morgen, Mittwoch, 11 Uhr. Schluss 4 1/2 Uhr.

**Deutscher Reichstag.**

78. Sitzung. Mittwoch, 19. April 1893. — 1 Uhr.

Eingegangen ein Antrag des Abg. Stadthagen: Der Staatsanwaltschaft am königlichen Landgericht Berlin I, wird die Genehmigung zur Strafverfolgung des Reichstags-Abgeordneten Stadthagen, wegen angeblicher Verletzung des § 32 des Reichsstrafgesetzbuchs ertheilt. Auf der Tagesordnung: Anträge aus dem Hause. Ueber den Antrag Mintelen (Centrum) betreffend Abänderung und Ergänzung der Vorschriften der Strafproceßordnung über die Wiederaufnahme des Verfahrens, sowie die Entschädigung für unschuldig erlittene Strafe, hat die erste Lesung bereits früher stattgefunden. Nachdem noch Abg. Mintelen im Schlusswort den Antrag bekräftigt hat, wird beschlossen, die zweite Beratung ohne vorherige comitatusische Vorberatung im Plenum stattfinden zu lassen. Es folgt erste Beratung der vom Abg. Mundel u. Gen. Reichensperger (Str.) eingebrachten, vom Abg. Spahn (Centr.) wieder aufgenommenen Gesekentwurf betr. Wiedereinführung der Berufung. Nach dem freimüthigen Antrage soll die Berufung beim Oberlandesgericht, nach dem Centrumsantrage bei besonderen bei den Landgerichten zu errichtenden Berufungskammern eingebracht werden. Abg. Träger (freic.) begründet kurz den Antrag Mundel unter Hinweis auf die früheren Verhandlungen über diesen Gegenstand und auf die schwache Besetzung des Hauses, wodurch die heutige Sitzung eher den Charakter eines gemüthlichen Plauders hat. Er empfiehlt, heute im Princip zu beschließen, daß man die Wiedereinführung der Berufung wolle. Abg. Spahn (Centrum) schließt sich dem an. Abg. Heine (Soc.) ist für seine Person gegen die Wiedereinführung der Berufung. Er würde sich nur dann dafür erklären können, wenn das Recht, Berufung einzulegen, nur den Verurtheilten eingeräumt werde, nicht aber auch dem Staatsanwalt. Anderenfalls werde die Wiedereinführung der Berufung zu Ungunsten der Angeklagten ausfallen und es werden nur die Rechtsanwähte davon Vortheile haben. Abg. Mintelen (Centr.) weist auf verschiedene Härten hinsichtlich der Revision hin und erwartet von der „höheren Instanz“ der obersten Justizbehörden Vor schläge zur Abstellung derselben. Abg. Stadthagen beklagt die Abhängigkeit des Richters von dem Einflusse der Staatsanwaltschaft. Wenn und weil dem Richter die Anklageerhebung genommen sei, so müsse es eben dahin kommen, wo wir jetzt seien, daß die Richter in intellektueller Abhängigkeit von den Staatsanwähten seien. Dazu komme, daß jetzt die Richter in den höheren Stellen in so großer Zahl aus den Reihen der Staatsanwähte genommen würden. Die Judicatur bilde sich deshalb immer mehr so aus, wie es der Regierung genehm sei. Der dominirende Einfluß der Staatsanwähte bei der Rechtsprechung, ihre Herrschaft über das ganze Strafverfahren seien unverkennbar. Die Richter seien abhängig von der Verwaltung; letztere ernenne und befördere sie. Es sei da kein Wunder, daß parteiliche Urtheile gefällt würden, namentlich aus politischen

Rücksichten, zumal gegen socialdemokratische Angeklagte. diesem Vorherrschenden des Einflusses der Staatsanwähte der Hauptübelstand. Dem Antrag Mundel könne er keine Bestimmung, weil der eibe in verschiedenen Richtungen eine Besserung schaffe. Ein Fehler beider Anträge sei, daß dieselben die Berufung nicht auch für die schweren Verbrechen einführen wolle. Es möge ja nicht leicht sein, ein Mobius für die Berufung auch gegen Schwurgerichtsurtheile zu finden, aber gehen müsse es. Gerade der Mangel an Berufung habe vielfach allein verhindert, daß gewisse Verurtheilte gegen Angeklagte, welche zu vielen Jahren Zuchthausurtheil wurden, als Polizeispitzel bloßgestellt wurden. Der Antrag Mundel zu einer zweiten Lesung kommen, so wie er Amendements stellen, um die Berufung auch für schweren Fälle möglich zu machen.

Die Debatte ist damit beendet. Abg. Träger will (in dem Schlusswort als Antragsteller) auf, die wichtigen Streitfragen, ob die Berufung die Staatsanwähte ausgeschlossen werden solle, und ob gegen schwurgerichtliche Urtheile die Berufung zweckmäßig nicht näher eingehen. Zu bedenken gebe er nur, daß die Bedeutung der Schwurgerichte dadurch sehr wesentlich vermindert werde.

Auch hier ist Verweisung an die Commission nicht antrag, die zweite Berathung bleibt vorbehalten.

Den sodann zur Berathung stehenden Antrag Mundel betreffend die Entschädigungspflicht des Staates für Entziehung oder Beschränkung der persönlichen Freiheit, soll für unrechtmäßig vollstreckte Strafe, zieht

Abg. Träger zurück, mit Rücksicht darauf, daß er durch den gleichzeitigen Antrag Mintelen gleichsam erledigt sei und mit Rücksicht auf die bei anderer Gelegenheit wiederholt fester des Staatssecretärs des Reichsjustizamts abgegebene Versicherung, daß die Regierung eine dahingehende Vorlage machen wolle.

Staatssecretair Hanauer: Eine solche Zusage habe nicht gemacht. Ich habe nur erklärt, daß der Herr Reichsfinanzler mich beauftragt hat, einen Entwurf auszuarbeiten und daß ich zu dem Behufe mit dem preussischen Justizminister Verhandlungen getrieben bin und daß der Entwurf noch im preussischen Justizministerium liegt. Eine andere Erklärung kann ich auch heute nicht abgeben. Ich konnte gar nicht erklären, daß die verbündeten Regierungen dem Hause eine Vorlage machen werden, denn ich kann nicht wissen, wie der Bundesrath sich dem Entwurf gegenüber verhalten, ob er ihn annehmen wird.

Abg. Traeger hält trotz dieser Erklärung aufrecht, daß er den Antrag zurückziehe. Er habe das Vertrauen, daß die verbündeten Regierungen in der nächsten Session dem Hause einen Entwurf zugehen lassen würden. Andererseits würde er dann auf den Antrag zurückkommen.

Abg. Stadthagen (Soc.) nimmt jetzt den Antrag Mundel wieder auf. Er und der Abg. Heine (Soc.) treten sodann noch lebhaft für den Antrag ein. Erstgenannter Redner plaidirt dabei für Verantwortlichkeit der Justizbeamten für die ihnen beigegebenen Rechtsurtheile. Zwingen könne man die Regierung nicht, dem Reichsbewußtsein des Volkes entgegenzukommen. Aber die Regierung schädige damit nur ihr eigenes Ansehen, nicht das des Reichstages.

Verweisung des Antrages an eine Commission ist nicht beantragt.

Weiter steht zur ersten Beratung der Gesekentwurf Mundel, betr. die Abänderung der für das Vorverfahren und das Verfahren erster Instanz geltenden Bestimmungen der Strafproceßordnung.

Abg. Traeger: Es handelt sich hier um so subtilen Einzelbestimmungen, daß wir nicht hier darüber berathen können, sondern daß dies in einer Commission geschehen muß. Ich beantrage deren Einsetzung. Nur im Allgemeinen muß ich anführen, daß es hier darauf ankommt, die Rechte der Verteidigung und des Angeklagten gegenüber der Anklagebehörde besser zu wahren. Es handelt sich doch bei dem Strafproceß darum, nicht den Angeklagten zu verurtheilen, sondern objectiv den Thatbestand, ob schuld oder nicht, festzustellen. Und da ist die Verteidigung bisher zu sehr in ihrem Rechte beschränkt worden, so namentlich im Vorverfahren.

Das Wort wird nicht weiter verlangt und der beantragte Gesekentwurf wird einer besonderen Commission überwiesen. Morgen 1 Uhr: 1. Lesung der Vorlage über Schutz der Baarenbezeichnungen, Fortsetzung der Buchergeseknovelle, Schluss 3 Uhr.

**Abgeordnetenhaus.**

64. Sitzung. Mittwoch, 19. April 1893. — 11 Uhr.

Das Haus setzt die zweite Lesung der Ergänzungssteuer-Vorlage mit dem § 18a derselben fort. Der § 15 gewährt Personen, die Vermögen von 30 000—50 000 Mark besitzen, Steuermäßigkeit, sofern sie nicht zur Einkommensteuer veranlagt sind. Es werden diese Vermögensfähe auf 32 000 und 52 000 Mark festgesetzt, gemäß einem Antrage von Bismarck, um diese Sätze in Uebereinstimmung mit der Steuerfähe zu bringen, die mit diesen Beträgen besondere Steuerfähe verknüpft. §§ 19 und 20 werden debattelos genehmigt. Bei § 21, welcher von der Vermögensdeclaration handelt, ist von der Commission gestrichen. Minister Miquel erklärt, daß auch die Regierung von der Declarationspflicht Abstand nimmt. Abg. Dr. Meyer-Berlin (Str.) bedauert, daß der Commission nicht wiederholt habe, wonach man die Declarationspflicht in einigen Jahren bekommen werde, wenn man sie heute nicht genehmigt. Minister Miquel hält Speculationen über die Zukunft der Declarationspflicht für überflüssig. Abg. v. Jagow (conf.) erklärt, daß die Ablehnung der Declarationspflicht hauptsächlich der städtischen Bevölkerung zu gute komme, während die Vermögensverhältnisse bei der ländlichen Bevölkerung gewöhnlich sehr klar liegen. Die von der Declaration handelnden §§ 21 bis 27 werden dem Antrage der Commission gemäß, gestrichen und die §§ 28 bis 37 genehmigt.



Ständesamtliche Nachrichten.

Vom 19. April.

Heiraths-Ankündigungen I. Arb. Paul Grünwald, kath., Posenerstraße (Stadt Pölsburg), und Anna Tirole, kath., daselbst. — Stellmacher Paul Bannert, kath., Schweitzerstr. 17, und Louise Tanne, ev., Friedrichstraße 33. — Schneider Josef Kaffner, kath., Nicolaisstraße 37, und Martha Langner, ev., Louisenplatz 14. — Fleischer Augustin Thomas, kath., Engelsburg 3, und Pauline Steinmaus, kath., Weißgerbergasse 36. — II. Bahnhöflicher Alfred Lindstedt, ev., Micewo, und Gertrud Burg, ev., Sabowastr. 68. — Postassistent Wilhelm Woltas, ev., Kezerberg 4, und Constanze Günther, ev., Gartenstraße 25. — Maschinenschlosser Otto Böhm, kath., Michaelisstraße 13, und Emma Gerlach, evang., Hubenstraße 10. — III. Arbeiter Friedrich Barth, kath., Brigittenhal 26a, und Agnes Reith, kath., daselbst. — Schneidermeister Heinrich Koch, evang., Blücherstraße 6, und Pauline Gander, geb. Hornich, ev., daselbst. — Schlosser Hermann Spradlin, evang., Wehlgasse 11, und Elisabeth Kubinsky, ev., daselbst.

Geburten I. Schmied Johann Schubert, kath., L. — Arbeiter Adolf Schmidt, ev., S. — Tapezierer Paul Fränzel, evang., L. — Hilfsbremser Carl Bräuer, ev., S. — Pen. Locomotivführer Friedrich Ulrich, evang., L. — Conditor Willy Garde, evang., S. — Kretschmer Robert Kojchate, kath., L. — II. Kutcher Carl Birkner, evang., Sohn. — Kutcher Carl Abend, evang., S. — Bäckermeister August Schayler, kath., L. — Dienstmann Ferdinand Weis, evang., (verstorben), L. — Schlosser August Deder, kath., L. — Arbeiter Julius Breuer, kath., S. — Eisenbrecher Alfred Gzapka, kath., L. — Schmied Carl Wallach, evang., S. — Ingenieur Arthur Gärtner, ev., L. — Bäckermeister Ernst Sinner, ev., L. — Kaufmann Friedrich Reigel, kath., L. — III. Commis Wilhelm Wiesner, ev., L. — Schneidermeister Josef Prjwara, kath., S. — Bäckermeister Paul Schneider, kath., L. — Maurer Paul Breittich, kath., S. — Drechslermeister Richard Pommeranz, ev., S. — Arbeiter Robert Höllner, kath., L. — Schiffer Richard Höllner, kath., L. — Schiffer Georg Brodel, kath., Sohn. — Arbeiter Georg Radwig, evang., Tochter. — Buchhalter Heinrich Mann, kath., Tochter.

Todesfälle I. Buchhalter Heinrich Frankl, 62 J. — Luise Langner, ohne Beruf, 55 Jahr. — Ehemaliger Fleischer Carl Hahn, 34 J. — Erich, S. des Schlossergesellen Richard Radur, 1 Jahr 7 Mon. — Steinbruder Ludwig Briner, 46 Jahr. — Kaufmann Hermann Schey, 36 J. — Schiffsteuermann Amandus Weber, 29 J. — III. Alfred, S. des Arbeiters Alois Mücke, 9 Mon. — Reinhold, S. des Schmiedes Josef Menzel, 9 Monate. — Arthur, Sohn des Tischlermeisters Paul Wönsch, 7 Mon. — Walter, S. des Köpfers Hermann Neumann, 4 Wochen. — Richard, S. des Drechslermeisters Richard Pommeranz, 1 1/2 Stunde. — Anna, L. des Vorkosthändlers Josef Masiantowski, 1 Jahr. — Hedwig, L. des Schneiders Adolf Schleichner, 5 Wochen. — Gertrud, L. des Schlossers Bruno Stadai, 3 Jahr 3 Mon. — Kurt, S. des Brennerbesizers Gustav Schrebs, 5 W. — Kohlenhändler Johannes Secula, 34 J. 6 Mon. — Postkassener a. D. Johann Kitz, 68 J. 6 Mon.

Breslau, 19. April. Amtlicher Producten-Börsen-Bericht. Roggen (p. 1000 Kgr.) per April 133.00 G., April-Mai 134.00 G., Mai-Juni 135.00 G., Juni-Juli 138.00 G. — Hafer (per 1000 Kgr.) per April 139.00 G. — Hübel (per 100 Kgr.) —, get. — Str. loco in Qualitäten a 5000 Kgr. —, per April 51.00 B., April-Mai 51.00 B. — Spiritu. per 100 Str. (a 100 pSt.) ohne Faß: excl. 50 und 70 Mt. Verbrauchsabgabe, get. — Str., abgelassene Rindfleischscheine —, per April 50er 52.70 G., 70er 33.20 G., April-Mai 50er —, 70er 33.20 G.

Breslau, 19. April. Breslauer Wehlmarkt. Weizen-Auszugsmehl per Brutto 100 kg incl. Sac 24.00 bis 24.50 Mt. — Weizen-Semmelmehl per Brutto 100 kg incl. Sac 22.25—22.50 Mt. — Weizen-Mehl per Netto 100 kg in Käufers Säcken a) inländisches Fabrikat 8,20—8,60 Mt., b) ausländisches Fabrikat 7,80—8,20 Mt. — Roggenmehl fein, per Brutto 100 kg incl. Sac 20,50—21,00 Mt. — Feines Mehl, per Netto 100 kg in Käufers Säcken: a) inländisches Fabrikat 8,80—9,20 Mt., b) ausländisches Fabrikat 8,40—8,80 Mt.

Briefkasten.

E. Z. Gutmacher. Ihr Eingeländt kann keine Aufnahme finden. Erstens einmal liegt es sich zu persönlichen Angriffen zu und in vorliegender Form unvereinbar; zweitens, und das ist das Hauptächtsche, werden Eingeländt über gewerkschaftliche Streitfragen von der Prekcommission nicht als von allgemeinem Interesse betrachtet und habe ich die Anweisung erhalten, die Aufnahme solcher Eingeländt abzulehnen. Beschwerten über Inhalt und Haltung des Blattes und über abgelehnte Artikel bitte nicht an die Redaction, sondern an den Obmann der Prekcommission zu richten. Der letztere Sagt gut allerdings nicht eigentlich Ihnen, wir benutzen aber diese Gelegenheit, um unsere Leser auf den richtigen Weg zu weisen, sofern sie Beschwerde gegen die Leitung des Blattes erheben wollen. Die letzte Zeit hat uns wieder einmal die Nothwendigkeit zu diesem Hinweis gezeitigt. Ferner eruchen wir, bei unklaren Fällen sich möglichst genau über die wahren Ursachen etwaiger Mißstände Aufklärung zu verschaffen. Es kann dies nur für beide Theile von Interesse sein.

Paul Hennig.

A. Z. Ihre Frau Weilerin hat sich strafbar gemacht und könnte die Sache für sie recht üble Folgen haben, wenn Sie die Sache zur Anzeige bringen. Aus Humanitätsgründen empfehlen wir Ihnen aber, diesen Weg nur im äußersten Nothfalle zu beschreiten. Machen Sie die Frau nur einmal auf die Strafbestimmungen des Invalidentages aufmerksam. Ihnen kann nichts passieren. Auch das Umwachs-Geschäft kommt noch zurecht. Auf jeden Fall jedoch bringen Sie in Ihre Arbeitgeberin, die Sache in Ordnung zu bringen.

E. Z. Pöfen. Den Bericht veröffentlichen wir; dem letzten Wunsch aber können wir nicht nachkommen, da eine öffentliche Collecte verboten ist.

allein wenig geeignet. Das Princip der Quotifirung sei richtig, aber nicht am Plage.

Das Haus vertagt die Weiterberathung auf morgen, Donnerstag, 11 Uhr. Schluß 4 Uhr.

Gerichtliches.

Breslau, 19. April. Landgericht. Strafkammer I. Aus der Versammlung der Arbeitslosen. Am 31. Jan. d. J. fand bekanntlich im Volksgarten eine Versammlung von Arbeitslosen statt. Der Saal war überfüllt, und Hunderte von Arbeitern standen im Garten, wo ein starkes Aufgebot von Schutzleuten vorhanden war. Aus der Volksmenge heraus sollen höhnende Bemerkungen gemacht worden sein. Die Schutzleute Galle und Runtz hörten, wie ein neben ihnen stehender Mann, der Schuhmachergeselle Elger, einem Kollegen erzählte, daß einer seiner Freunde als beschäftigungsloser Etwilist zum Militär gegangen sei und dann als Unteroffizier sich zur Schutzmannschaft gemeldet habe; daran knüpfte Elger Bemerkungen über das Verhalten der Schutzleute, welche doch nur von den Arbeitern erhalten werden müßten etc. Auf die gegen ihn erhobene Anklage wurde Elger am 13. März d. J. von dem Schöffengericht zu einer Geldstrafe von 20 Mark event. 4 Tagen Gefängniß verurtheilt. Seine Freude über die niedrige Strafe war so groß, daß er aus dem Sitzungssaale hinausstürzte. Staatsanwalt und Gerichtshof fanden hierin eine Ungebühr und belegten ihn dafür mit einer Haftstrafe von zwei Tagen. Jetzt bedankte sich Elger in höflicher, aber ironischer Weise für die gnädige Strafe, wofür er noch einen Tag erntete. — Außerdem legte die Staatsanwaltschaft gegen das Urtheil des Schöffengerichts Berufung ein, und heute gelangte daher die Beleidigungsklage vor der Strafkammer erneut zur Verhandlung. Der Vertreter der Anklage hielt die erkannte Strafe für überaus niedrig und verlangte die Zurtennung von Gefängniß. Das Strafkammer-Collegium trat seiner Ansicht bei und erkannte gegen Elger unter Aufhebung des schöffengerichtlichen Urtheils auf zwei Monate Gefängniß. Unter der Begründung des Urtheils wurde ausgeführt, daß gar nicht streng genug die Autorität der Schutzleute gewahrt werden könne.

Neueste Nachrichten.

Ueber das „Frankfurter Journal“, eine der ältesten Zeitungen Deutschlands, ist gestern in Frankfurt a. M. der Concurz verhängt worden.

Brüssel, 18. April. Heute Nachmittag ist die Zahl der ausständigen Druckereien auf achtzig gestiegen. Aus Australien erhielten die streikenden Typographen Telegramme, welche sie zu ausdauerndem Kampfe auffordern. Die heute einberufenen Soldaten beider Regimenter nehmen in auffallender Weise an den socialistischen Versammlungen theil. An den Ecken sämtlicher Hauptstraßen sind Truppenabtheilungen von je 100 Mann postirt. Wie soeben verlautet, hat der Abgeordnete Janson die Absicht, sich zum Könige zu begeben und ihn zu bitten, seinen persönlichen Einfluß zur Beendigung der Unruhen auszuüben. Alle Zugänge zum Parlament sind auf 500 Meter durch Artillerie und Bürgergarde gesperrt. Die großen Geschäftshäuser und Juwelierläden sind geschlossen. Die Aufregung wächst.

Brüssel, 18. April. Der Advocat Edmond Picard wurde, als er einer im Park von St. Gilles geplanten Versammlung beiwohnen wollte, verhaftet. Der in der Vorstadt St. Gilles gelegene Park war, um die Versammlung zu verhindern, militärisch besetzt. Die Versammlung sollte nunmehr auf dem Koefelberg stattfinden. Da der Bürgermeister von Koefelberg sich weigerte, die Versammlung zu verbieten, erklärte der Provinzialgouverneur, er werde auch das Plateau militärisch besetzen lassen.

Brüssel, 18. April. An dem Meeting, welches am Westbahnhof stattfand, nahmen etwa 12000 Personen theil. Dieselben theilten sich in fünf Gruppen, von denen aus zu gleicher Zeit Ansprachen an die Menge gehalten und die Anwesenden dringend aufgefordert wurden, den Kampf nicht aufzugeben, bevor das allgemeine Wahlrecht votirt sei. Die Theilnehmer an dem Meeting kehrten nach Schluß desselben in einzelnen Gruppen in die Stadt zurück.

Brüssel, 18. April. In Renay wurde die Polizei bei einem fürchterlichen Zusammenstoß mit den Manifestanten zurückgeworfen.

Brüssel, 18. April. Eine Proclamation des Bürgermeisters Buis an die Bürger, ihre Wohnungen nicht zu verlassen, wurde von den Mauern herabgerissen. — Das Parlamentsgebäude ist von Truppen umlagert.

Brüssel, 18. April. Der Colonel der Bürgergarde hat sich geweigert, den Befehlen des Grafen D'Outremont zu gehorchen und will nur den Bürgermeister von Wohlenbed als Vorgesetzten anerkennen.

Mons, 19. April. Gegen 1/4 Uhr Nachts fand ein erneuter Zusammenstoß der Ausständigen mit der Polizei statt. Die in der Menge befindlichen Frauen riefen den Polizisten zu: „Ihr Müßiggänger, immer schließt nur zu!“ Bei dem Zusammenstoß wurden 20 Polizisten schwer verwundet.

§ 38 bestimmt, daß zur Vermögensvermittelung die Vernehmung von Zeugen zulässig ist. Hierzu liegt ein Antrag Friedberg vor, wonach Bankiers und deren Angestellte ihr Zeugniß über Vermögensverhältnisse der Kunden abgeben können.

Reg.-Commissar Geh. Rath Wallach bekämpft den Antrag. Der § 248 der Civilproceßordnung gewähre einen genügenden Schutz; darüber hinauszugehen, liege gar kein Grund vor.

In gleichem Sinne sprechen der Generalsteuerdirector Burghardt und die Abgg. von Bueck (cons.) und Dr. Bagem (Centrum), ausführend, daß das Privilegium der Reichsbank allerdings zu weit gehe, wonach dieses Institut Auskunft über Vermögensanlagen zu geben nicht verpflichtet ist. Ein ehrlicher Mann werde seinen Bankier beauftragen, die verlangte Auskunft zu erteilen.

Die Abgg. Gafonsky (Str.), Dr. Meyer-Berlin (Str.), von Synern (ntl.) besitzworten, ebenso wie der Antragsteller, den Antrag Friedberg; es gelte als nicht anständig, wenn ein Bankier Privattheilnahme mache über seine Geschäfte im Auftrag Dritter. Niemand würde in Zukunft mit einem solchen Bankier, der zum Zeugniß gezwungen wird, arbeiten wollen.

Abg. von Schalscha erklärt sich ebenfalls für den Antrag Friedberg.

Der Antrag wird abgelehnt und der § 38 unverändert genehmigt.

Die §§ 39 bis 50 der Vorlage werden mit einigen lediglich reoactionellen Aenderungen genehmigt.

§ 51 der Vorlage bestimmt, daß die Steuerescala erhöht oder herabgesetzt werden soll, je nachdem das Veranlagungsjahr der Steuer pro 1895/96 die Summe von 35 Millionen um mehr als 5 Procent übersteigt oder hinter dieser Summe zurückbleibt.

Ein Antrag Dr. Meyer-Berlin und Kiefert (Str.) verlangt an Stelle dieser Bestimmung die jährliche Festsetzung der zur Deckung des Staatsbedarfs nöthigen Anzahl von Monatsraten der Steuer.

Abg. Kirsche (wiltb.) beantragt, den 35 Millionen übersteigenden Betrag zur Schuldentilgung zu verwenden.

Abg. Dr. Sattler (ntl.) beantragt, die ausfallende Steuersumme auf 32 Millionen (statt 35 Millionen) festzusetzen.

Der Abg. Stengel (freic.) verlangt einen neuen § 51, des Inhalts, daß der 80 Millionen übersteigende Ertrag der Einkommensteuer zu einem besonderen Fonds abgeführt werden soll, dessen Zinsen zu 3 1/2 pSt. dazu verwendet werden sollen, den Ausfall der Vermögenssteuer pro 95/96 zu decken, wenn dieser hinter 35 Millionen zurückbleibt. Soweit dieser Fonds keine Verwendung findet, soll er zu Volksschulbauten und Beiträgen verwendet werden.

Minister Dr. Miquel erklärt, daß die Commissionsbeschlüsse sich bereits erheblich von der Regierungs-Vorlage unterscheiden; er bittet dringend, weitergehende Anträge abzulehnen; mit den Commissionsbeschlüssen wolle die Regierung sich einverstanden erklären.

Abg. Kirsche (wiltb.) hält den Antrag Dr. Meyer-Berlin, der die constitutionellen Garantien fordere, nicht für durchführbar. Das in diesem Antrage enthaltene Quotifirungsprincip würde allerdings, wenn es für die Vermögenssteuer eingeführt ist, leicht auf die Einkommensteuer ausgedehnt sein; besser aber wäre es, den Ueberschuß zur Schuldentilgung zu verwenden.

Abg. Sperlich (Str.) betont, daß er der ganzen Vermögenssteuer nur zustimme, in der Hoffnung, daß die Höhe dieser Steuer sich stets in mäßigen Grenzen halten werde; er würde der Steuer nicht zustimmen, wenn diese je eine Höhe erreichen sollte, daß sie aus dem Vermögen selbst einnommen werden müsse. Seine Freunde werden gegen alle Anträge für den unänderten § 51 der Commissionsbeschlüsse stimmen.

Abg. Stengel (freic.) befürwortet seinen Antrag und hofft, daß seine Freunde demselben zustimmen werden; man könne die Erträge der Vermögenssteuer bedeutend zu übersteigern; er fürchtet, daß die erhofften 35 Millionen nicht einkommen werden.

Abg. Graf Limburg-Stirum (cons.) bekämpft alle Anträge und befürwortet die unveränderte Annahme des § 51 nach den Commissionsvorschlägen.

Abg. Kiefert (Str.): Der Finanzminister sehe mit Vergnügen lächelndem Gesicht da und lasse reden, wer da wolle, er habe seine Steuern eingehemmt und bekämpfe heute die Grundzüge, die er als Abgeordneter angestrebt habe. Was nütze da alle persönliche Lebenswürdigkeit, was habe es da noch für einen Zweck, darnach zu streben, daß Männer aus diesem Hause Minister werden. Für Schulzwecke haben wir nicht die nöthigen Mittel und hier sollen die Summen aufgeschamelt werden. Hüten wir die Contingierung, wir würden heute nicht vor dem Conflict im Reichstage stehen. Wir werden bei der Vermögenssteuer ebenso einen Ueberschuß haben, wie wir ihn bei der Einkommensteuer gehabt haben und dann stehen wir der Plusmacherei machtlos gegenüber, weil wir die Mittel aus der Hand gegeben haben. Diese Plusmacherei kann leicht die Folgen haben, daß im Reich die Ausgaben auf die Fabrikarbeiter abgewälzt werden, vielleicht haben Sie die Grundlagen für die Mißstände schon in diesem Sinne ausgeartet. Diesem Hause gegenüber war die frühere Vorparlamentarische Kammer ein Muster parlamentarischer Constitutioner.

Minister Dr. Miquel: Meine persönliche Meinung über die Zweckmäßigkeit der Quotifirung kann ich dem Abg. Kiefert nicht sagen. Wäre ich noch meiner früheren Meinung, so würde ich diese Reform für eine sehr ungeeignete Gelegenheit halten, die Quotifirung durchzuführen, denn die Reform beweist nur Ausgleichung der Steuerlast. Soll ich mir wegen der rein theoretischen Frage der Quotifirung die ganze Reform hier und im Reichstage verderben? Die Finanzverhältnisse haben sich seit früher wesentlich geändert durch das Ueberwiegen der Einnahmemaßnahmen. Zu einer Tilgung der Schulden werden wir mit dem Antrage Kirsche nicht gelangen; ich will zufrieden sein, wenn ich das wieder bekomme, was ich an Staatssteuern aufgabe.

Abg. Dr. Synern (ntl.) bekämpft alle Anträge und befürwortet die unveränderte Annahme der Commissionsbeschlüsse. Für eine Quotifirung sei die Vermögenssteuer-



### Theater-Nachrichten.

**Stadt-Theater.**  
Donnerstag: Bajazzo.  
Vorher: Das Buch Job.  
Hierauf: Gringoire.  
Freitag: Siegfried.

**Lobe-Theater.**  
Die letzten **Vons-Vorstellungen** finden heute Donnerstag, den 20., Freitag, den 21., Samstag, den 22., Montag, den 24. und Dienstag, den 25. d. M., statt.

Donnerstag:  
„Die Waise aus Lowood.“  
Freitag:  
Der Raub der Sabinerinnen.  
Das Fest der Handwerker.  
Sonnabend:  
Benefiz Clara Wend.  
Zum ersten Male:  
Frau Director Striese.  
(Fortsetzung von „Der Raub der Sabinerinnen“.)  
Auguste: Clara Wend.  
Hierauf:  
Guten Morgen, Herr Fischer.  
Aurora: Clara Wend.  
Kleine Preise (Parquet 2 Mark).

Während in hiesigen Theatern die Direktoren sich die größte Mühe geben etwas Großes zu bieten, habe ich

## Die Ehre

einem geehrten Publikum vorzügliche Herren- und Knaben-Sardorbe von gutem Stoffe für alle

### Personen

nur passend zu empfehlen.  
Prima Stoff-Anzüge . . . von 10 Mk. bis 25 Mk. 786  
Rammgarn, hochlegant . . . von 15 Mk. bis 30 Mk.  
Jünglings-Anzüge . . . von 10 Mk. bis 15 Mk.  
Ort der Handlung:

**60, Ohlauer-Str., goldene 60.**

- Preise:
- 1. Qualität, hochlegant, Feinleib . . . 9 Mk.
  - 2. do. do. Knaben-Anzug . . . 8
  - 3. do. Schlafrock . . . 7

**60, goldene 60.**

### Rum-, Sprit- und Liqueur-Fabrik.

## Edwin Delahon,

Fabrik: Neumarkt 6. Filiale: Friedrich-Wilhelmstraße 40 b.  
Telephon Nr. 807. 531

Größte Auswahl in

# Hüten

mit Arbeiter-Controllmarke empfiehlt

## G. Nowak,

750  
Stock- und Schirm-Fabrik,  
Friedrich-Wilhelmstr. Nr. 76.

## Vorsicht! Hütet Euch!

# Die Socialdemokraten kommen!

Eine wahre Vorgeschichte,  
welche schon oft passiert ist und noch passiert. Von Adolf Hoffmann,  
Erfasser der „Jahrbücher.“  
Zweite Auflage: 100,000 Exemplare.  
Preis 10 Pf.  
Zu beziehen durch die Expedition.

Siehe auch in der „Münchener Post“  
München, oder durch die Expedition dieses Blattes zu beziehen:

## Die Sklaven-Anstände des Alterthums

von Graf Frank. — Preis 30 Pf.  
Wir Ausnahme der Rost'schen Broschüre, welcher obige Schrift an wissenschaftlichem Werthe überlegen ist, bildet die Frank'sche Arbeit die einzige, die diese hochinteressante Bewegung vom Standpunkte der materialistischen Geschichtsauffassung behandelt. Die ökonomischen Ursachen der Sklaven-Anstände finden wir gerade in unserer Zeit der größten sozialen Konflikte in der modernen Arbeiterbewegung wieder. Die Arbeiter-Anstände in Homestead — die Sklaven-Anstände im alten Rom, sie gleichen sich in ihren Ursachen, wie ein Ei dem Andern.

**!!! Partei-Genossen !!!**  
Hierdurch erluchen wir Euch, die  
Barbier-, Friseur- und  
Haarschneide-Geschäfte von  
**Julius Philipp,**  
Friedrich-Wilhelmstraße Nr. 52 und  
Bosenerstraße Nr. 5 zu berücksichtigen.  
Derfelbe legt sämmtliche, hier ge-  
sammelten Arbeiter-Zeitungen aus und  
inserirt auch in der Volkswacht. Es  
ist Pflicht eines jeden Genossen, nun  
dort zu verkehren, wo unsere Zeitungen  
sind. 206  
Eine Anzahl Genossen vor dem  
Nikolai-Chor.

**Polster-Werg,**  
Rohhaare, Ngara, Indiasaser, Alpen-  
gras, Seegras, Federn, Möbelschnur,  
Gurte, Bindfaden, Stränge, Seile,  
Wäscheleinen, Hängematten, Neze,  
Taschen empfiehlt billigst 511

**Jul. Moritz,** Seiler-  
meister.  
44, Kupferschmiede-Str. 44.

### Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler u. deren Berufsgenossen.

(E. N. 86, Hamburg.)  
Das Mitglied Herr **Paul Frost** ist im Alter von  
27 Jahren nach schweren Leiden am 18. d. M. gestorben.  
Die Ortsverwaltung.  
Beerdigung: Sonnabend, den 22. April, Nachmittags 5 Uhr.  
Trauerhaus: Kleine Scheitnigerstrasse 48. 804

Am 18. d. M. verschied nach langen schweren Leiden  
unser College, der Gelbgiesser

## Paul Frost

im Alter von 27 Jahren.  
Sein aufrichtiger, ehrenhafter Character sichert ihm bei  
uns ein bleibendes Andenken. 805  
Seine Freunde und Gesinnungsgenossen  
der Wassermesser-Fabrik von H. Meinecke.

### Stablisement „Concordia“

Margarethenstraße 17.  
Sonnabend, den 22. April 1893:  
**9. Stiftungs-Fest** 780

des  
**Quartett-Vereins der Töpfer „Humanität“**  
unter Leitung seines Dirigenten Herrn **Arause.** Nach den Vorträgen: Tanz,  
Tanzabzeichen an der Kasse: Herren 50 Pf. Damen 25 Pf.  
Programme im Vorverkauf 30 Pf., an der Kasse 50 Pf. Kassenöffnung  
6 Uhr. Anfang 7 Uhr. Hierzu ladet ergebenst ein **Der Vorstand.**

### Achtung! Bildhauer.

Sonnabend, den 22. d. Mts., Abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal  
Ritterplatz 8 (Wirth's Hotel):

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung: Vortrag: Die plastische Kunst der Griechen.  
Kassenbericht. — Verschiedenes.  
Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen.  
807 **Der Vorstand des Gauvereins.**

Sonntag, den 23. April 1893, Vormittags 11 Uhr:

## Partei-Conferenz

in **Edlich's Brauerei, Neumarkt 8.**  
Tages-Ordnung:  
1. Regelung der Lokalfrage. 2. Landagitation. 3. Diskussion.  
**Der Einberufer.**

### Achtung! Haynan! Achtung!

Die säumigen Genossen, welche bei der Landagitation gefehlt  
haben, werden aufgefordert, sich  
Sonntag, den 23. April, früh 7 Uhr, im „goldenen Löwen“,  
einzufinden, um ihre Touren zu übernehmen.

Genossen! Ein Jeder, welcher auf den Namen „Parteigenosse“  
Anspruch macht, der möge sich auch als solcher geriren und seine  
vollste Schuldigkeit thun, nicht durch schöne Redensarten in Volks-  
Versammlungen und anderwärts, sondern durch Erfüllung der von  
der Partei ihm auferlegten Pflichten. Denke Keiner, ohne mich geht  
es. Ein Jeder hat den ihm zugewiesenen Platz auszufüllen.  
Also nochmals, Genossen von Haynan, vorwärts für Wahrheit und Recht!  
H. Stolz, Vertrauensmann.

Sonntag, d. 23. d., erscheint die in jeder Hinsicht künst-  
lerisch ausgestattete

# Mai-Nummer

des „Wahren Jakob“.

Wir haben von dieser außergewöhnlich starken Nummer  
einen großen Vorrath mehr bestellt und empfehlen dieselbe  
unseren werthen Abonnenten ganz besond. rs.  
Der Preis ist wie gewöhnlich  
10 Pfennig pro Exemplar.  
Exped. der „Volkswacht.“

Über 500 Illustrationen und Kartenbeilagen.

Verlag des Bibliograph. Instituts in Leipzig.

# MEYERS

## KONVERSATIONS-LEXIKON

VIERTE AUFLAGE

Das 1. Heft und den 1. Band liefert jede Buchhandlung  
zur Ansicht.

200 Mark 4 50 Pfennig. — 18 Mark 4 50 Pfennig.

### Die Caffee-Rösterei und Colonialwaaren-Handlung

von  
**Benno Neumann**  
empfiehlt  
die feinsten Röst-Caffee  
a Pfd. 1,20 1,30 1,40 1,50, ff. 1,60 1,70  
Getreide-Caffee a Pfd. 12 4  
ff. weißer Farin = 28  
harter Zucker im Brot 30  
Zucker Syrup a Pfd. 48  
große Koffeen = 17  
Tafel-Mosfrisch = 20  
Weizenmehl 000 = 11  
gut lochende Erbsen = 10  
sowie sämmtliche Sämereien.

**Benno Neumann**  
Friedrich-Wilhelmstr. 52.  
Filiale I: Matthiasstraße 25  
Neu eröffnet:  
Filiale II: Friedr. Wilhelmstr. 3

## Arbeiter!

**Arbeitslosen,**  
Arbeitshemden,  
Arbeitsblousen,  
Kinderwäsche,  
Kinderkleidchen,  
kauft man wieder sehr billig  
bei **H. Glauer,** je  
56, Friedrichstr. 56

### Für Schule!

**Schreib-, Zeichnen- und  
Rechnen-Bücher,**  
Schiefertafeln, Federhalter und Federn  
Wäffle, Feder- und Schiefertafeln  
Schultaschen, Mappen, Tinte, Tusch  
784 Pasten, Farben etc.  
zu billigsten Preisen.

**Max Wunderlich**  
Albäcker-Straße 57  
nahe der Albrechtsstraße.

### Cigarren!

nur gute Qualitäten, [583]  
4 Stück 10 Pfennige, offerirt  
**J. Samplawsky**  
Matthiasstraße 71  
Cde Neue Matthiasstraße.

### Cigarren

in nur guten Qualitäten und  
jeder Preislage empfiehlt 760  
**C. Koppatz,**  
Kurze Gasse 76.

### Süddeutsche Postillon

— Nr. 2, —  
illustrirtes socialdem.  
Witzblatt,  
ist soeben erschienen und zum Preise von  
**10 Pfennig**  
durch alle Colporteurs dieses Blattes  
zu beziehen.

Im Verlage von  
**G. Stomke in Bielefeld**  
ist erschienen und durch alle Buch-  
handlungen und Colporteurs  
zu beziehen:

## Die Bibel.

Zhre Entstehung u. Geschichte.  
Eine historisch-kritische Abhandlung  
zu Aufklärung des arbeitenden  
Volkes von  
**Domela Nieuwenhuis.**  
Hervorragende u. bedeutende  
Agitationschrift.  
64 S. eleg. broschirt. Preis 40 Pf.  
Wiederverkäufer erhält. hoch. Rabatt.  
Bestellungen direct beim Vrlage  
sind 45 Pf. in Briefen. beizufügen.